

■ Dunkle Röhre

und lange Leitung – wie lange hätte das Termin-Desaster und die Kostenexplosion am City-Tunnel noch verheimlicht werden können, wenn die Linkspartei nicht ...? **Seite 3**

■ Comandante Fidel wird 80

„Wenn ich sterbe, wird es keiner glauben“ – LN stellt neue Bücher über den Maximo Lider mit manch Unbekanntem vor **Seiten 8-9**

■ Enttäuschend

Fünf Jahre Operntendanz Henri Maier **Seite 10**

Neue Mail-Anschrift: redaktion@leipzigs-neue.de

16

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
11. August

www.
leipzigs-
neue.de

Schläft unser Gewissen?

Die UNO
jedenfalls
hat bisher
versagt



Fotos: Märker

Leipzig am 5. August – ein Sonnabend. Diese Kinder, Frauen und Männer brauchen unsere uneingeschränkte Solidarität. Che Guevara nannte die Solidarität die Zärtlichkeit der Völker. Gegen den Irak-Krieg der USA waren noch zehntausende Leipziger unterwegs. Sind sie müde, sind sie hoffnungslos? Keine offen demonstrierte Solidarität, kein Druck auf Politiker? Das darf nicht sein. Im Libanon wie in Israel sterben Unschuldige. Aber die UNO steht unter dem Diktat der USA. Die jetzt zustande gekommene Resolution ist zahnlos, ist oberflächlich. Israel wird nicht zur Verantwortung gezogen.

Seite 7

Ausgebremst ...

Als Leipzigs schönstes barockes Bürgerhaus gilt das Romanushaus am Brühl. Sein Bauherr war der Bürgermeister Franz Romanus, ein Günstling August des Starken, der sich beim Bau des Pracht-palais übernahm und sein Leben als Häftling auf der Festung Königstein beendete. 41 Jahre musste er ab 1705 einsitzen. Die Schulden: 150 000 Taler.

Als die DDR-Mark in Leipzig Zahlungsmittel war, wendete Oberbürgermeister Karl-Heinz Müller zu Beginn der 80er Jahre jegliches diplomatisches Geschick auf, damit in Berlin übersehen wurde, dass am Leuschner-Platz mit unbilanzierter Mitteln ein Bowlingzentrum „schwarz“ für die Bürger gebaut wurde. Das ging damals gut, niemand wurde bestraft oder abgelöst.

Andere Zeiten, andere Sitten. Neue Währungen, wahnsinnige Projekte. Im Leipziger Stadtzentrum ist eine Kleinstadt unterhalb der Großstadt im Entstehen. Wahrscheinlich eine technische Herausforderung. Aber man kann es drehen und wenden, wie man will: Den City-Tunnel, dieses so genannte größte Verkehrsprojekt im Osten, wollen die Leipziger einfach nicht bejubeln. Weder die Geschäftsleute, die durch den nun bekannt gewordenen späteren Fertigstellungstermin den Ruin fürchten, noch diejenigen, die in ihrer Börse jeden EURO-Schein dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben. Alle fragen: Wer soll das bezahlen? Da der Oberbürgermeister und das Land keine Gelddruckmaschine für den immer teurer werdenden Tunnel bestellen können, werden zunächst die seinerzeit abgeschlossenen Verträge genau analysiert und diskutiert. Pikanterweise haben inzwischen die ehemaligen Unterzeichner auf der Dresdner Regierungsbank und im Rathaus gewechselt. Was die Sache nicht einfacher macht. Letztlich ist es auch egal: Wir werden das bezahlen, denn die Festung Königstein war nur im Falle Romanus zuständig. Uns alle wird es treffen: mit empfindlichen Einschnitten, die im Alltäglichen spürbarer und sichtbar sein werden als die derzeitigen Umleitungen und blauen Riesenrohre.

Leipzig wurde auf seinem Wahnsinnsweg zur Weltmetropole ausgebremst. Das ist eine Chance, aber zugleich Aufforderung für Bürger und Politiker noch genauer in den nächsten Monaten zuzuhören und nachzufragen: wer wofür Geld ausgibt und wie es sozial gerecht verteilt wird.

• JOACHIM MICHAEL

Auf ein Wort bitte



**ADI REIHER,
DKP,
UNSERE ZEIT**

... schreibt
zusammen mit
anderen Linken
in dieser LN-
Rubrik

Was war da noch vor einem Monat? Es war fürchterlich heiß und ... Ach ja, richtig, italienische Fußballer schlugen deutsche und französische Fußballer und wurden Weltmeister. Überall hingen diese Fahnen. Frau Merkel warf sich jedem jungen Mann an den Hals, der sich das gefallen ließ. Deutschland war eine einzige Party. Erinnerst du dich noch jemand?

Was war da noch vor einem Jahr? Es war – glaube ich – fürchterlich heiß und ... Richtig. Die Linke schien zu neuen Ufern aufzubrechen. Oskar schlug landauf, landab die Trommel – für die Einheit der Linken. Kapitalismuskritik – sogar ernsthafte – schaffte es bis in die Main-Stream-Medien. (Ich glaube, sogar Sabine Christiansen hat ihren persönlichen Referenten gefragt: „Sag mal, die reden jetzt alle von Kapitalismus, was meinen die eigentlich?“) Bei Linken, Gewerkschaftern, Arbeitslosen und Armen

gab es – trotz Skepsis – viel Hoffnung. Der Neoliberalismus erlebte so etwas wie eine Krise. Und heute, eine Bundestagswahl und eine Linksfraction später?

Nach einer kurzen Phase des Einhaltens führt die große Koalition die Agenda-Politik von Schröder zum Nachteil der großen Mehrheit härter und gnadenloser denn je fort. Mehrwertsteuererhöhung, reaktionäre

Quo vadis, Linkspartei?

Gesundheitsreform, Kongo-Einsatz, Jagd auf Hartz-IV-Empfänger, Verschärfung der Erbschaftssteuer, Säbelrasseln gegenüber dem Iran, (verdeckte) Unterstützung des Überfalls auf den Libanon – die Liste der neoliberalen „Reformen“ ließe sich beinahe beliebig verlängern, die Merkel und Co. zurzeit auf die Schiene setzen oder gesetzt haben.

Verbände und Gewerkschaften protestieren inhaltlich fundiert, die Linksfraction hält engagierte Reden und schreibt beeindruckend fleißig eine kluge Presseerklärung nach der anderen – ohne Folgen. Unbeeindruckt macht die Koalition von Merkel und Müntefering weiter. Ist es denn gar nichts wert, dass die Linke mit einer starken Fraktion in den Bundestag eingezogen ist?

Es ist dann nichts wert, wenn man sich auf das parlamentarische Geschäft der Ausschüsse und informellen Absprachen ein-

lässt oder sich mehr als nötig von der medialen Übermacht der Reaktion und der Welt der Lobbys beeindrucken lässt. Die Linksfraction ist in Gefahr, diesen Weg zu gehen. In jedem Fall falsch ist das Festhalten der Linkspartei an den Koalitionen in den Ländern, die viel weniger reaktionäre Politik verhindern, als sie auf der anderen Seite exekutieren (müssen). Ganz zu schweigen von den bösen Fehlern, die auf kommunaler Ebene – wie beim Wohnungsverkauf in Dresden – gemacht worden sind.

Dazu kommt der Eindruck, dass der belebende öffentliche Dialog zwischen der Linkspartei und der WASG mehr oder weniger zum Erliegen gekommen ist, ebenso wie die Diskussion zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Linker, die im vergangenen Sommer so viel Hoffnung hat aufkommen lassen.

So schwer das sein mag, so wenige linke Gewerkschafter es geben mag, so schwach außerparlamentarische Bewegungen scheinen – wenn die Linkspartei nicht die SPD Nr. 2 werden will, muss sie sich an den Kräften orientieren, die ehrlich und unter schwierigen Bedingungen den Kampf gegen die neoliberale Übermacht organisieren. Diese Kräfte sind nicht in vornehmen Vorständen und klimatisierten Büros zu finden. Sie stehen aber allemal für die überwältigende Mehrheit unseres Volkes. Und die bewegt sich manchmal schneller, als man denkt.

Achtung LN hat

redaktion@leipzigs-neue.de

neue E-Mail- Anschrift

Zitat des Jahres

Wenn wir uns nicht beugen lassen, heißt das nicht, dass wir erstarrt sind. Es zeugt vielmehr von unserer geistigen Beweglichkeit, die wir uns nicht nehmen lassen.

• GUNTER PREUB

Mindestlöhne auch für „grüne“ Berufe

Der unterste Tarif für Angestellte im Gartenbau liegt in Sachsen derzeit bei 5,05 Euro, in der Landwirtschaft bei 4,33 Euro, ArbeiterInnen erhalten hier in der untersten Gruppe 5,40 Euro und für ArbeitnehmerInnen in der Floristik sind gerade mal 4,39 Euro drin. Das sind Löhne, mit denen man heutzutage kaum sich selbst, geschweige denn eine Familie ernähren kann.

Allein wegen der tendenziell niedrigen Löhne könnten viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den sogenannten grünen Berufen, in Landwirtschaft und Gartenbau, von einem Mindestlohn profitieren. Dennoch geht die Angst um, vor allem in arbeitsintensiven Bereichen wie der Tierproduktion, nicht zuletzt wegen des anhaltenden Drucks der Verarbeitungsindustrie und der großen Einzelhandelsketten auf ihre Erzeugerpreise. Dennoch würde ein Mindestlohn von 8 Euro pro Stunde, wie die Linkspartei.PDS ihn fordert, langfristig die Kaufkraft im ländlichen Raum erhöhen. Im Klartext: Viele Menschen sind gezwungen, bei Aldi einzukaufen, statt in den nächsten Bauern- oder gar Bioläden zu gehen. Ein Mindestlohn könnte dies ändern und so die Umsätze der landwirtschaftlichen Betriebe steigern.

18 der 24 EU-Länder haben bereits einen Mindestlohn, in Frankreich und Luxemburg liegt er sogar über 8 Euro/Stunde.

Ein Mindestlohn bringt langfristig für die Landwirtschaft mehrere Vorteile. Bei einer höheren Lebensqualität im ländlichen Raum kann er auch Höherqualifizierte motivieren, in die Landwirtschaft zu gehen, und er stärkt regionale Wertschöpfungsketten, denn siehe oben: die Kaufkraft im ländlichen Raum steigt, landwirtschaftliche Qualitätsprodukte finden auch hier besseren Absatz. Dumpinglöhne in den grünen Berufen schaden der Landwirtschaft insgesamt ebenso wie den dort Beschäftigten. 8 Euro Mindestlohn sind möglich und nötig.

• E. ALTMANN

Von überall her kamen sie nach Dresden, in Springerstiefeln oder in italienischen Handgenähten. 4500 Nazis sollen es gewesen sein zum Pressefest der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* am vergangenen Sonnabend. Eine zufriedene Polizei konnte melden: Keine größeren Störungen. Klar, ein paar „Linksradikale“ haben randaliert, Busse und Autos der Nazis zu stoppen versucht. Aber denen wurde schnell gezeigt, wo in einem Rechtsstaat der Hammer hängt.

4500 Nazis, so viel waren es noch nie bei Aufmärschen im Osten. Aber was für eine gesellschaftliche Abwehr haben sie bisher erlebt? Die einen spannten bunte Fähnchen über die Straßen, die zu verkünden hatten: Bunt statt Braun! Selber blieb man der Straße fern. Um ja nicht mit denen in einen Topf geschmissen zu werden, die sich den Nazis mutig direkt in den Weg setzen und die der Polizei soviel Ungemach bescherten. Andere kehrten recht karnevalistisch die Straßen – hinter – den braunen Horden. Ja, einmal, es war der 3. 11. 2001, als sich gut 10000 Leipziger Woch und seinen Spießgesellen in den Weg stellten, war sogar der damalige OBM Tiefensee dabei. So lange jedenfalls, bis die Polizei sagte: Nun reicht's!

Wenn die bunten Fähnchen wehen

Nun waren es schon 4500 Nazis

Jetzt haben die Nazis ihr Demonstrationsrecht! Da ging Tiefensee und lieferte die nicht weichen wollenden Massen den Fußtritten, den Pfefferspraydosen und den Knüppeln einer brutal vorrückenden Soldateska aus. Die „linken Chaoten“ (fast allesamt im mittleren und höheren Alter) wurden wie Müll von der Straße geschoben. (Übrigens: Eine Anzeige wegen des Augen verätzenden Pfefferspray-Einsatzes ist bis heute nicht bearbeitet.)

Klar, alle sind gegen Nazis. Aber sich mit ihnen anlegen? Das tun doch nur die Chaoten.

Nun waren es 4500 Neofaschisten. Wie viele werden es des nächste Mal sein? Und das übernächste Mal?

Dresdens Stadtväter jedenfalls wurden nicht aktiv. Lediglich ein paar Hundert Anwohner von Dresden-Pappritz, Gewerkschafter und natürlich die unermüdlich aktiven Linksautonomen formierten sich zu einem Protestzug, der sich in

einem Bürgerfest auflöste. Wie schön, wenn die bunten Fähnchen wehen und den Nazis so richtig Angst machen.

Die Schönwetter-Politiker des Landtags blieben natürlich im Trockenen. Hätten sie sich zu einer Blockade aufgegrafft, wenn es weniger geregnet hätte?

• MAXI WARTELSTEINER

Aus unserer Postmappe:

In Leipzig-Lößnig wird die LN offenbar viel gelesen, deshalb wird es die LößnigerInnen hoffentlich zahlreich interessieren, dass im Moritzhof, in ‚Till's Schreibwaren‘ mitnichten die LN, wohl aber das NPD-Blatt ‚Deutsche Stimme‘ vertrieben wird. Ich habe eine Beschwerde-Mail ans Center-Management geschrieben, das mir aber nur antwortete, es habe die Ladeninhaber von meiner Beschwerde informiert, könne ihm aber nicht vorschreiben, welche Zeitungen er anbiete und welche nicht. Vielleicht kann die Kundschaft im Moritzhof ein bisschen mehr erreichen?

A. LORENZ

Neues Leben in Liebknechts Geburtshaus

Wilhelm Pieck weihte vor 60 Jahren Gedenktafel ein



ihren ganzen erhabenen Größe. Er war der fleischgewordene leidenschaftliche Protest gegen alles, was zur Katastrophe des deutschen Volkes beitrug.“ Das damals nur leidlich intak-

te Gebäude – ohne die beiden später aufgebauten Obergeschosse (siehe Foto vom Festakt mit Wilhelm Pieck) – gab nach dem Krieg erstmals Gelegenheit, auf die Bedeutung des Hauses für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufmerksam zu machen.

Am 13. August 1953 wurde das in zahlreichen freiwilligen Aufbaustunden und zum Museum umgewandelte Haus der DDR-Öffentlichkeit als eine der ersten Erinnerungsstätten an die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung übergeben. Heute beherbergt das Liebknecht-Haus eine Gedenkstätte, Büros und Diskussionsräume der Linkspartei und auch die Redaktion von Leipzigs Neue.

Viel Staub wurde aufgewirbelt in diesem heißen Leipziger Sommer. Einen Spitzenplatz dürfte dabei die Presseerklärung von drei Landtags- bzw. Stadtratsabgeordneten der Linkspartei.PDS vom 25. Juli beanspruchen, mit der die Öffentlichkeit über die wahren Kosten des City-Tunnels informiert wurde. Die bislang immer genannten 572 Millionen Euro könnten durchaus um 73 Millionen Euro überschritten werden. Grundlage der Information war ein internes Arbeitspapier in der üblichen Gestaltung seitenlanger Folienvorträge der Deutschen Bahn AG.

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, weil alle Nachfragen zur Kostenentwicklung rund um den Tunnel bislang zur immer gleichen Antwort führten: „Wir schließen mit den Baufirmen über die einzelnen Lose Verträge zu fest vereinbarten Preisen ab, so dass die Kosten nicht überschritten werden.“ Und nun das Horrorszenerario, die Doppelröhre unter der Stadt könnte gleich um satte 13 Prozent teurer werden.

Urplötzlich fand das scheinbar ruhige Werkeln auf den Tunnel-Baustellen mit hier einer symbolischen Staubfontäne und da einer Fuhre Dreck ein jähes Ende. Erkennbar tief erschüttert wurde der sächsische Wirtschaftsminister Thomas Jurk (SPD). Auch nach mittlerweile über zwei Wochen weitschweifiger Erklärungsversuche konnte er den fatalen Eindruck der Ahnungslosigkeit nicht entkräften. Dabei ist der Freistaat Sachsen Bauherr des City-Tunnels und hat die Verantwortung auf dieser Großbaustelle dem Wirtschaftsministerium übertragen, das auch für den Verkehr im Freistaat zuständig ist.

Anfangs ließ der Minister auf der Flucht nach vorn über seine Pressestelle bestätigen, die zitierten 73 Millionen seien korrekt, wiewohl noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Kurze Zeit später hieß es aus dem Tollhaus Jurk, es könnten zwar eventuell 73 Millionen werden, aber das sei die schlechteste Variante. Möglicherweise komme man mit zusätzlichen 26 Millionen hin. War zwischendurch Ministerpräsident Milbradt am Rande der Explosion?

Als Krönung wurde für den 27. Juli eilig eine „außerordentliche Bauherrenrunde“ in Leipzig zusammengetrommelt – eine scheinheilige Tarnung für eine Krisensitzung in höchster Not. Nichts deutet darauf hin, dass sich dieser Rat der Bedeperten ohne die Presseerklärung der Linkspartei.PD getroffen hätte. Dann wäre der zusätzliche Finanzbedarf für den City-Tunnel bis heute eine sorgsam vor den Steuerzahlern verborgene Geheimzahl. Ein Kartell des Verschweigens hatte sich darauf verlegt, die Öffentlichkeit mit dürftigen Erläuterungen zum Bau des City-Tunnels Leipzig zu besänftigen. Das musste schiefgehen.

Von der plötzlichen Aufdeckung des wahren Tunnel-Chaos aufgescheucht, verlangte Minister Jurk hinter verschlossenen Türen – über die gewählte Lautstärke schweigen sich anwesende Maulwürfe aus –, überall Einsparpotenziale zu suchen, um die Mehrkosten im Griff zu behalten und nicht über 26 Mio. Euro hinausschießen zu lassen. Entschlossenes Krisenmanagement sieht anders aus.

Gerade mal zwei Stunden dauerte die Leipziger Runde im Kreise der Beteiligten und ihrer landespolitischen Auftraggeber und Wächter. Viel mehr als Appelle zur Kostendisziplin kann es kaum gegeben haben. Wie sollten in der spontanen Vormittagsrunde denn auch plausible

Antworten auf Fragen gefunden werden, die das Wirtschaftsministerium wohl gern aus der öffentlichen Debatte rausgehalten hätte und die seit Jahren einer ehrlichen Antwort harren. Was wirklich bewegt, lässt sich anhand von regelmäßigen parlamentarischen Anfragen durch Abgeordnete der Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag leicht nachvollziehen.

Die Lunte brennt inzwischen von zwei Seiten. Zusätzliche Millionen sind das eine Riesenproblem, ein horrender Terminverzug um schlimmstenfalls drei Jahre das andere. Auch dazu war bis Ende

reinen Vortrieb ohne Einbau der komplizierten Eisenbahntechnik, der Signale, Sicherungsanlagen usw.

Dass damit der stolz verkündete Termin für die Tunnel-Inbetriebnahme – Dezember 2009 – wohl nicht mehr zu halten sein würde, merkten alle, die ein bisschen rechnen können und wissen, welche Überraschungen ein Bauwerk dieser Größe bereithält. Mittlerweile verkünden die Verantwortlichen für das Bauwerk ungerührt genau jene Terminalschiene, die sie vor wenigen Wochen noch als böswillige Schwarzmalerei von Tunnelgegnern geißelten.

fahrlos drauflosbohren. „Ende 2007“ wurde früher als derjenige Termin genannt, an dem nicht verbaute Förder-Millionen für den Tunnel verfallen. Eine Antwort darauf, wie dieses neue Problem gelöst werden soll, blieb das Wirtschaftsministerium in Dresden bisher schuldig. Angesichts der bereits verbauten Millionen für das Riesenprojekt sollten endlich alle Fakten auf den Tisch gelegt und die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werden, ob die neueste Kostenschätzung Licht ans Ende des Tunnels bringt oder nur ein Wetterleuchten ankündigt.

Dunkle Röhre

Linkspartei.PDS deckt Kostenexplosion und Termin-Desaster beim City-Tunnel auf



Foto: Märker

Juli bestenfalls zu hören, der Terminverzug betrage nur ein paar Wochen, die Decken von zwei künftigen Stationen seien schließlich vor der Fußball-WM geschlossen worden und außerdem hätte es ja einen strengen Winter gegeben – die üblichen Beschwichtigungen also.

Dabei stieß Insidern des Tunnelwurstelns schon lange unangenehm auf, welcher Eiertanz um den Arbeitsbeginn der Riesenbohrmaschine vollführt wird. Vom Frühjahr 2006 war mal die Rede, dann vom Frühsommer, später kam der September 2006 ins Gespräch, der nun nach Auskunft der Gesellschaft Deges, die für den Rohbau den Bauhelm aufhat, ebenfalls nicht mehr gehalten werden kann. Dabei hatte das beschwörerische Tam-Tam rund um den Bau der gigantischen Spezialmaschine im Schwarzwald bereits vor einem halben Jahr skeptische Terminfragen in Masse produziert. Sieben Meter schafft der Riesenbohrer an einem guten Tag. Ergibt runde 300 Tage für eine Tunnelfahrt vom Bayerischen zum Hauptbahnhof. Anschließend sollen Demontage, Rücktransport der Maschine zum Bayerischen Bahnhof, Wartungsarbeiten, erneuter Zusammenbau – alles in allem unter einem Vierteljahr nicht machbar – und der Vortrieb der zweiten, parallelen Röhre bis zum Hauptbahnhof folgen. Also wieder 300 Arbeitstage Maulwurfsarbeit im Untergrund einer tausendjährigen Stadt bzw. gute zwei Jahre für den

Also, der Termin 2009 ist futsch, dass ist nun amtlich. Die Verzögerung „treibt mich um“, gestand Oberbürgermeister Jung (SPD). Länger als ein Jahr dürfe sie allerdings nicht betragen. Wenn das mal gut geht. Die Deges – eigentlich eine Gesellschaft für Fernstraßenbau – ist mit dem City-Tunnel erstmals in ein Schienenverkehrsprojekt eingestiegen. Ihr Chef, Hans Jörg Kleffner, scheint kalte Füße zu kriegen. Ein genauer Termin, wann denn endlich der Tunnel-Vortrieb beginnt, ist ihm nicht zu entlocken. Plötzlich ist wieder von erneuten Baugrund-Untersuchungen die Rede. Angeblich sei das Raster der Bohrlöcher, in dem der Leipziger Untergrund unter die Lupe genommen wurde, zu grob gewesen und mittendrin könnten unvorhergesehene Risiken lauern. Darauf hatten Kenner der Leipziger Geologie allerdings längst schon hingewiesen.

Wobei wieder die Kosten ins Spiel kommen. Hoffnungen, die zusätzlich benötigten Millionen könnten aus EU-Fördertöpfen beglichen werden, klingen abenteuerlich. Die Tunnel-Verantwortlichen – allen voran Wirtschaftsminister Jurk, der in diesem Sommer in eine ziemlich düstere Röhre stierte – werden allein schon mit den zugesagten europäischen Fördermitteln Probleme kriegen. Dieses Geld wird nicht in irgendwelchen Schatullen so lange gehortet, bis in Leipzig die Überzeugung gereift ist, nun könne man ge-

Die Verantwortlichen im Leipziger Rathaus geben sich derweil sicher, dass ihnen über die vereinbarten 13 Mio. Euro hinaus keine weiteren städtischen Beträge für den Tunnel abverlangt werden. Minister Jurk sieht das anders, doch das sind für ihn zweitrangige Details, die er später klären will. Mal sehen, wer Recht behält.

Apropos Recht, das unergründliche Reich von Justitia gilt inzwischen auch als das einzige, in dem Leipziger Händler klären lassen können, ob ihnen ein Schadenersatz wegen entgangener Umsätze am Rande ewig lange betriebener Baugruben zusteht. Mit Tunnelblick hatten alle Planer nur die superoptimistische Variante erwogen, dass alles pünktlich und im geplanten Kostenrahmen fertig wird. Haben wir einen Beteiligten vergessen? Ja richtig, es gab doch mal einen OB Tiefensee, dem der Tunnel sozusagen als Pflaster für die schmerzende Olympiawunde gelegen kam. Immerhin trägt Tiefensee im Bund seit einem Dreivierteljahr die Verantwortung für den Verkehr. Ob er schon mal nachgefragt hat, wann er denn mit wonnigem Grinsen das weiße Band zur Eröffnungsfahrt durchschneiden darf? Seinen Parteifreund – Wirtschaftsminister Jurk – sollte er nach Details besser nicht fragen. In den Presseerklärungen der Linkspartei.PDS wird das Drama sachkundiger beschrieben.

• VOLKER KÜLOW
DIETMAR PELLMANN



Schon länger war bekannt, dass sich Dr. Lothar Tippach nicht mehr um die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei bewerben würde. Nach 15 Jahren übergab er den Staffelstab in der Stadtratsfraktion

Dr. Tippach wird bis zum Ende der laufenden Wahlperiode im Jahr 2009 weiter sein Mandat, vor allem als Vorsitzender des Fachausschusses Allgemeine Verwaltung und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion, ausüben.

Am 13. Juli wählte die Fraktion Dr. Ilse Lauter zu ihrer Vorsitzenden, als Stellvertreter bestätigte sie Ines Hantschick und Reiner Engelmann. Die Amtsübergabe erfolgte am 31. Juli dieses Jahres.

Angaben zur Person: Dr. Ilse Lauter
am 2.1.1954 in Leipzig geboren
Diplomlehrerin
verheiratet
lebt in Leipzig-Grünau

Ich nehme mir für jeden Zeit ...

LEIPZIGS NEUE traf Dr. Ilse Lauter

● **Vor allem Standvermögen und Erfolg wird der neuen Vorsitzenden der Fraktion der Linkspartei im Leipziger Stadtrat Dr. Ilse Lauter gewünscht. Aller Anfang ist auch in dieser Hinsicht sicher freundlicher als der künftige, nicht immer einfache Weg. Spüren Sie das bereits in den ersten Tagen nach der Wahl?**

Im Moment ist es ja wegen der Ferien- und Urlaubszeit noch nicht ganz so stürmisch. Aber, ich spüre und muss lernen, dass mein Gesicht bekannter wird, dass häufiger das Telefon klingelt und ich sehr schnell einen Standpunkt vertreten und verteidigen muss. Mein politisches Denken und Handeln findet jetzt noch häufiger vor aller Augen und Ohren statt. Aber daran gewöhnt man sich.

● **Gilt die Volkweisheit „Die Lauten sind nicht immer die Lautersten“ auch in der Politik?**

(Schmunzelnd) Ich kannte trotz meines Namens diesen Satz noch nicht. Aber ich empfinde das durchaus ähnlich, würde es nur ein wenig umdrehen: Die Lauteren sind für mich nicht immer die Lauten, denn die Lauten können viele Zwischentöne nicht hören.

● **Zwischentöne und Zwischenrufe aus dem Stadtparlament wurden auf der letzten Ratsversammlung im Juli auch auf der dicht gefüllten Zuhörertribüne wahrgenommen. Also sind die Leipziger trotz geringer Wahlbeteiligung doch noch nicht so politikverdrossen?**

Die gut gefüllte Tribüne war im Juli sicherlich auch der Dezerementenwahl geschuldet. Sonst verlieren sich auf den Rängen oft nur 10 bis 15 Leipziger. Ich möchte die Bürger aber sehr ermuntern, an diesen öffentlichen Beratungen teilzunehmen. Sie erfahren da mehr als aus verkürzten Zeitungsschlagzeilen.

● **Unüberlesbar aber doch die Schlagzeile in dieser Zeitung, dass nach 16 Jahren insofern in das Leipziger Rathaus Normalität einzieht, wenn erstmalig mit Heiko Rosenthal ein Mitglied der Linkspartei als Bürgermeister Verantwortung übernimmt. Was bedeutet das für die Fraktion?**

Das ist ein großer Erfolg, an dem viele Väter (und Mütter) lange gearbeitet haben. Hier möchte ich vor allem meinen langjährigen Vorgänger Dr. Lothar Tippach nennen, der seine bisherige Arbeit als Fraktionsvorsitzender mit diesem Höhepunkt beschließt. Die Fraktion hat mit Heiko Rosenthal eine neue Stütze im Rathaus. Die künftige Arbeit wird dadurch aber nicht unbedingt einfacher. Der Anspruch der Linkspartei als linke, alternative Gestaltungspartei wird sich hier noch enger an den stadtpolitischen Realitäten reiben müssen. Es geht um die wichtigen bürgernahen Gebiete Umwelt und Sport, aber auch um das Ordnungsamt. Da stehen unter anderem solche Daten wie der 1. Mai und die üblen Versuche Rechtsradikaler, diesen Tag für ihre Zwecke zu missbrauchen, auf der Tagesordnung. Nicht nur bei diesem Thema braucht Heiko Rosenthal einen starken Rückhalt in der Fraktion.

● **Verantwortung und Umdenken mahnte ganz allgemein der scheidende Fraktionschef für die Zukunft**



an. Was ist damit gemeint?

Ich verstehe unter Verantwortung zum einen den Anspruch, weiterhin als sozial, solide und nachhaltig erkennbar zu sein. Für die Bürger als Ansprechpartner da zu sein. Zum anderen werden wir als Fraktion auch an Verlässlichkeit gemessen – sei es vom politischen Nachbarn, Partner oder auch vom politischen Gegner.

Ein Umdenken ist in Zeiten knapper Kassen und der notwendigen Haushaltssolidierung überfällig. Wir müssen nicht ständig in einem Zuge mit großen deutschen oder europäischen Metropolen genannt werden. Eine solche Denkweise hat uns jahrelang dazu verführt, über unsere Verhältnisse zu leben. Im ehemaligen Leipziger Café Größenwahn sind künftig kleinere Brötchen zu backen. Aber: Diese möglichst gerecht zu verteilen. Mein Blick gilt der Lebensqualität auf Straßen und Plätzen und in den Quartieren. Ich finde, Leipzig muss künftig weniger mit Großveranstaltungen glänzen, sondern den Bewohnern lebens- und liebenswerte Heimat sein.

● **Wir werden diese Stadt in zehn Jahren nicht mehr wiedererkennen, behaupten manche Leipziger. Ist da etwas dran?**

Diese Formulierung ist sehr vieldeutig. Aber auch aus meinem Wahlkreis in Grünau höre ich hier und da ähnliche Töne. Gerade hier wurde ja zwischen den Plattenbauten vieles platt gemacht, und prägende Silhouetten existieren nicht mehr. In der Innenstadt kommt jetzt das ehemalige „Konsument-Warenhaus“ in Verruf, eine Fassade, die den westlichen Zentrumsrand markant prägt. Einen Abriss halte ich persönlich nicht für sinnvoll.

Aber dieses formulierte „Nichtwiedererkennen“ hat ja auch eine soziale Bedeutung. Jetzt sind sie beispielsweise schon Alltag, die Suppenküchen für Kinder, um nur ein Beispiel zu nennen.

● **Intensiv wird derzeit über die Privatisierung Städtischer Unternehmen und den Verkauf städti-**

scher Beteiligungen diskutiert. Für den Bürger ein oft schwer durchschaubarer Vorgang. Wie stellt sich die Stadtratsfraktion der Linkspartei dieser komplizierten Problematik?

Bekanntlich hat Leipzig ein großes Haushaltloch. Zunächst ist es nicht grundsätzlich schlimm, wenn eine Kommune Schulden hat. Viele Familien haben sich beim Bau eines Eigenheimes verschuldet und nicht nur mit knapp 2000 Euro pro Kopf. Eine Familie kommt aber dann garantiert in Schwierigkeiten, wenn ihre laufenden Ausgaben dauernd die Einnahmen übersteigen, und für Tilgung und

Zinsen zu wenig Geld da ist.

Das Problem sind also weniger die Schulden, sondern die Tatsache, dass der städtische Haushalt nicht ausgeglichen ist. Nach wie vor wird mehr ausgegeben als eingenommen, und die Schere klafft immer weiter auseinander. Das ist auf der Ausgabenseite vor allem mit Hartz IV verbunden, wo der Bund seine Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen auf die Kommunen abgewälzt hat, ohne sie dafür finanziell hinreichend auszustatten. Auf der Einnahmeseite werden unter anderem die Finanzausgleichszahlen aus Bund und Land zurückgefahren. Auch hier zeigt sich: Eine Gemeindefinanzreform zugunsten der Kommunen ist überfällig. Aus eigener Kraft ist Leipzig bis dahin nicht in der Lage, seinen Haushalt nachhaltig zu sanieren. Daran ändern auch Privatisierungen und Anteilsverkäufe nichts. Kommunales Eigentum ist durch jahrhundertlanges bürgerschaftliches Engagement entstanden und gehört zum Erbe unserer Vorfahren. Damit geht man nicht leichtfertig um. Dass die städtischen Betriebe ihren Beitrag zur Haushaltssolidierung zu bringen haben, ist selbstverständlich.

● **Man muss von jedem fordern, was er leisten kann. Eine Maxime, der Sie im künftigen Umgang mit Ihren Mitstreitern folgen würden?**

Ja. Dazu suche ich das faire, intensive Gespräch, um den bestmöglichen Weg zu finden. Verlasse mich dabei auf meine integrativen Fähigkeiten. Ich nehme mir für jeden Zeit ...

● **Bleibt da noch Zeit für Lektüre, die nicht aus Ratsvorlagen besteht?**

(lächelnd) In meiner Handtasche könnten Sie jetzt „Der Fürst“ von Niccolò Machiavelli entdecken. Und das Buch liegt da wirklich nicht nur drin.

• **Das Gespräch führte MICHAEL ZOCK**

Fast auf den Tag genau drei Jahre waren seit dem von Adenauer inszenierten Regierungsbeschluss vergangen, die Kommunistische Partei Deutschlands verbieten zu lassen, als am 23. November 1954 in Karlsruhe die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht begann. Nicht etwa, dass das Gericht in der Zwischenzeit untätig geblieben wäre. Kaum hatte der unsägliche Innenminister Lehr am 10. Januar 1952 beim Gericht die „Verfassungsklage“ eingereicht, beschlossen die Richter eine Hausdurchsuchung des Parteivorstandes und aller Landes- und Kreisbüros der KPD. Die geheim vorbereitete Aktion begann am 31. Januar 1952, um sechs Uhr früh. Da das in großen Mengen beschlagnahmte Material dem BVG offenbar nicht ausreichte, erschienen die Polizeikommandos am 12. Juli erneut in den KPD-Büros, um wiederum massenhaft Akten wegzuschleppen. Unterlagen darüber, was da alles beschlagnahmt wurde, erhielt die angeklagte Partei nicht.

Doch damit nicht genug der Behinderungen, die sich die KPD im Verfahren ausgesetzt sah. Ihre Prozessvertreter, die Mitglieder des Parteivorstandes Fritz Rische und Josef Ledwohn, waren zuvor vom VI. Senat des Bundesgerichtshofes zu dreieinhalb Jahren Haft wegen „Hochverrats“ verurteilt und saßen im Gefängnis, so dass sie sich nur eingeschränkt auf die Sitzungen vorbereiten konnten. Und

50 Jahre KPD-Verbot (V)

Ein Schandurteil der BRD-Justiz, das heute noch gültig ist

Nachbetrachtung zu einer Anhörung im Bundestag*

Mitglieder der Prozessvertretung der KPD im Verbotverfahren des Bundesgerichtshofes 1954/55 – v. l.: Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul, Walter Frisch, Mitglied des KPD-Vorstandes, Rechtsanwalt Prof. Dr. Herbert Kröger.

Foto: Archiv des Autors



für Walter Frisch lag ebenfalls ein Haftbefehl vor, der nur für die Zeit des Verfahrens ausgesetzt wurde. Im Gegensatz dazu hatten die Vertreter der Regierung, angeführt von dem Staatssekretär im Innenministerium Ritter von Lex, alle Freiheiten.

Zu den Ungeheuerlichkeiten des Verfahrens gehörte, dass nicht nur Ritter von

Lex, sondern auch andere Prozessvertreter der Bundesregierung braune Westen hatten. Alle dazu gestellten Befangenheitsanträge der KPD-Anwälte wurden natürlich vom Senat abgeschmettert.

Als am 16. Dezember das Verfahren auf Ende Januar vertagt wurde, war an 13 Verhandlungstagen nur ein Problem erörtert worden: ob das Verfahren überhaupt

zulässig sei. Obwohl bei diesen Erörterungen die Bundesregierung sehr alt sah, beugte sich das Gericht dem Verlangen des notorischen Kommunismohassers Adenauers und setzte die Verhandlungen 1955 fort. Sitzung für Sitzung wurden nun Zitate aus marxistischen Schriften vorgetragen – oft aus dem historischen und semantischen Zusammenhang gerissen – die die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der KPD belegen sollten. Immer deutlicher wurde, dass hier nicht die reale Politik der KPD in der Bundesrepublik verhandelt wurde, sondern die Weltanschauung der Kommunisten.

Nach 51 Verhandlungstagen beendete der Senat am 14. Juli 1955 die mündliche Verhandlung. Es sollte noch ein Jahr dauern, bis das Urteil gesprochen wurde.

Am 17. August 1956, um 9.30 Uhr, verkündete das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung. Elf Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus, sieben Jahre nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Partei, die in der Nazizeit die größten Opfer gebracht hatte, wiederum verboten. Für die KPD begann erneut eine harte Zeit der Illegalität.

• EDMUND SCHULZ

* Öffentliche Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE: 50 Jahre KPD-Verbot am 1. Juni 2006

Genau vor 10 Jahren ging es hoch her im Stadtrat. Streitpunkt wie heute: Plätze in Kindertagesstätten für Kinder bis zu 7 Jahren. Dank des Drucks der Fraktion PDS/Demokratischer Frauenbund waren in der Legislaturperiode 1990 bis 1994 große Teile des flächendeckenden Kindergarten- und Kinderkrippennetzes über die Wendejahre gerettet worden. Aber mit der Beschlussvorlage vom April 1996 – damals in Verantwortung von Wolfgang Tiefensee erstellt – sollten im gesamten Stadtgebiet nochmals 39 (!) Kindereinrichtungen geschlossen werden.

Rüdiger Ulrich, Jugendpolitischer Sprecher der Fraktion PDS/DF sagte damals: „... es stellt sich wie in den vergangenen Jahren die Frage, ob die Stadt Leipzig dann noch ihrer Pflicht nachkommt, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertageseinrichtungen zu sorgen. Tatsache ist, dass der Bedarf an Plätzen weiter zurückgegangen ist ...Tatsache ist aber auch, dass es durch die Schließungen in der angedachten Größenordnung zu unzumutbaren Belastungen für Kinder und Eltern kommt. So verlängern sich Wege, die großen Einrichtungen werden bis an die Kapazitätsgrenzen aufgefüllt, die kleinen Einrichtungen verschwinden, das bisherige Netz an Einrichtungen wird löchrig. Es findet hier ein Prozess der Zentralisation statt, womit ein wohnortnahes Angebot nicht mehr aufrechtzuerhalten sein wird.“

Als Alternative nannte er den Abbau der Platzkapazität in den Einrichtungen und erklärte, was die PDS unter einem bedarfsge-

Kindertagesstätten braucht die Stadt

- Wir reißen nieder und bauen auf – das hält auf Dauer kein Haushalt aus
- Für kurzsichtige 1996er Beschlüsse muss 2006 teuer bezahlt werden

rechten Angebot versteht. Nämlich, „dass der Platz in einer Kindertagesstätte – für jedes Kind – bezahlbar ist, dass er wohnortnah liegt und dass die Eltern zwischen Einrichtungen mit verschiedenen inhaltlichen Konzepten in ihrem Wohnortbereich auswählen können“.

Die Mehrheit im Stadtrat beschloss gegen die Stimmen der PDS, „nur“ 34 statt der von Tiefensee vorgeschlagenen 39 Einrichtungen zu schließen.

Neun Jahre später blamierte sich ein junger SPD-Stadtrat (weil er die Beschlüsse von 1996 nicht kannte?), als er Defizite damit erklärte, dass die Infrastruktur

der Betreuungseinrichtungen noch auf den Bedarf in DDR-Zeiten ausgerichtet sei. Das hätte nun zu einerseits zu wenig frequentierten Kitas beispielsweise in Grünau und zu langen Warteschlangen in anderen Stadtbezirken geführt.

Zumindest was dieses Ungleichgewicht betrifft hat er recht. Aber wären, wie die PDS es vor zehn Jahren beantragt hatte, 1900 Plätze in Kindereinrichtungen als Reserve (oder eben, wie es ja auch das Gesetz vorsieht, als bedarfsgerechte Angebote) erhalten worden, hätte es also diesen Kahlschlag nicht gegeben, müssten wir die Schaf-

fung neuer Plätze heute nicht teuer bezahlen.

Offen (wenn auch nicht mehr zu ändern) ist nach wie vor die Frage, warum die Stadtverwaltung sich nach der Wende so zäh anstellte und fast generell auf Anträge auf Investitionsvorrang verzichtete. So wären bis 1992 zahlreiche Gebäude mit Kindereinrichtungen vor Rückübertragungsansprüchen zu retten gewesen. Denn die Kommunen waren beim Kauf von Gebäuden mit Einrichtungen des Gemeinbedarfs bevorrechtigt, wenn diese so weiter genutzt wurden.

Höhepunkt des Schließungs- und Abrisswahns Anfang der 90er Jahre war der Wunsch der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, die erst Mitte der 80er Jahre neugebaute Kinderkombination in der Richard-Lehmann-Straße mit 180 Kindergärten und 90 Kinderkrippenplätzen abzureißen, um Platz für einen Neubau der HTWK zu schaffen. Vor allem dank der Proteste aus der PDS-Fraktion und der Betroffenen im Inneren Süden, konnte dieser Antrag begraben werden.

Ellenbogenallüren sind mit sozialer Kommunalpolitik nicht vereinbar. Ein weiteres Beispiel: Erst Presseveröffentlichungen und die

Einwohneranfrage in der letzten Stadtratssitzung von Bewohnern der Nachbarschaft der Leipzig International School machten auf die Gefährdung des Kindergartens „Käferhaus“ aufmerksam. Inzwischen gibt es klare Signale vom Trägerverein „International School“: Nach Umbau der Schule und Neubau des Sport- und Kulturmehrweckbaus kann der zwischenzeitlich ausgelagerte Kindergarten wieder in sein angestammtes Gebäude unmittelbar an der „Nonne“ einziehen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion sollen nun auch wieder Kindereinrichtungen im Süden und Norden der Stadt eröffnet werden. Die Juni-Sitzung des Stadtrates stimmte für eine Kindertagesstätte in der Trägerschaft des Forum Thomanum e. V. neben dem Thomas-Alumnat und der Thomasschule. Dafür wird eine unter Denkmalschutz stehende Villa saniert. Mit einer musischen Profilierung können frühzeitig Talente geweckt und vielleicht zukünftige Thomaner und Musiker und gefördert werden. In der gleichen Sitzung beantragte die Fraktion der Linkspartei PDS zu prüfen, ob schwerpunktmäßig im Süden und Norden von der Leipziger Wohnung- und Baugesellschaft in LWB-eigenen Immobilien Kindergarten- und krippenplätze geschaffen werden können, die von einem freien Träger oder kommunal betrieben werden. Dies wären konkrete Möglichkeiten für die LWB als städtisches Unternehmen nicht nur für die Wohnungsversorgung tätig zu sein, sondern darüber hinaus auch zur sozialen und Stadtentwicklung Leipzigs beizutragen.

• SIEGFRIED SCHLEGE



DER RETTUNG DER BAHN hat sich ein Aktionsbündnis verschiedener Gruppen, unter anderem auch Attac, verschrieben. Mit ihrer Aktion am 3. August auf dem Leipziger Hauptbahnhof machten sie Passanten mit Transparenten und Flugblättern darauf aufmerksam, dass der geplante Verkauf der Deutschen Bahn AG die Preise erhöhen und die Qualität für die Fahrgäste beeinträchtigen wird.

Foto: G. Eiltzer



Gerechte Lösung

Sachsens Rundfunkstaatsvertrag ist wegen der darin festgelegten PC-Gebühr nicht zustimmungsfähig. Mit dieser Feststellung löste Heiko Hilker von der Linksfraction des Landtags am 27. Juli eine öffentliche Diskussion aus. Sie spitzt sich zu, seit bekannt ist, dass die Hochschulen und die Landesbibliothek hunderttausende Euro Rundfunkgebühren für Monitore nachzahlen sollen.

Wirtschaftsminister Jurk fällt hierauf nichts Besseres ein, als die Wegelagerer-Mentalität der GEZ zu stärken: „Die Hochschulen werden berechnete Nachforderungen aus ihren Haushalten begleichen.“ Leicht gesagt!

Eine tatsächliche Lösung des Problems sieht Heiko Hilker. Sein Vorschlag: Für Fernsehapparate und Rundfunkgeräte, die öffentlich-rechtliche Programme empfangen können, wird eine einheitliche Gebühr erhoben. Bei Personalcomputern aber wird wie bei Online-Abos von Tageszeitungen verfahren: Wer bei der GEZ gemeldet ist, erhält ein Codewort, mit dem er Programme auch am PC empfangen kann. So wäre garantiert, dass nur der zahlt, der tatsächlich öffentlich-rechtliche Programme nutzt. „Diese Lösung ist praktikabel und verhindert Willkür beim Gebühreneinzug“, meint Hilker.

Was spricht dagegen, den Rundfunkvertrag in diesem Sinne nachzuverhandeln? • gb

Reform vom Kopf auf die Füße: Sachsenweites Netz von Bürgerämtern vorgestellt

Landkarte der Bürgernähe

LN. Ein Paukenschlag für die Debatte über die Verwaltungsreform in Sachsen: Die Landtagsabgeordneten Dr. Michael Friedrich und Sebastian Scheel präsentierten ein Projekt der Steuerungsgruppe Verwaltungsreform der sächsischen Linkspartei.PDS. Es stellt endlich die Reform vom Kopf auf die Füße und rückt die Bürger in den Mittelpunkt.

Kein Behördenweg über 20 Kilometer

„Das Tauziehen um eine neue Landkreis-Karte ist vor allem Ausdruck eines Machtkampfes, der überwiegend innerhalb der CDU geführt wird und an den Interessen der Bürger vorbeigeht“, so die beiden Abgeordneten. „Denn das entscheidende Kriterium, woran sich eine Verwaltungsreform messen lassen muss, ist die gelebte Bürgernähe. Daher haben wir eine Landkarte von Bürgerämtern mit Verwaltungs-Dienstleistungen aus einer Hand ausgearbeitet.“ Bürgerämter soll es in allen Ober-

und Mittelzentren und in möglichst vielen Grundzentren geben.

„Ob es beispielsweise um Bauanträge, Führerschein-Angelegenheiten oder Sozialleistungen geht – im Bürgeramt können die Bürger alle ihre Anliegen bearbeitet bekommen, unabhängig davon, welche Behörde an welchem Ort am Ende für die Verwaltungsarbeit zuständig ist“, erläuterten Friedrich und Scheel. Kein Behördenweg soll länger als 20 Kilometer oder eine Fahrstunde mit dem öffentlichen Personennahverkehr sein – wahrlich lang genug!

Es geht nicht zuerst um Kreisgrenzen

„Folgt man unserem Vorschlag der Errichtung von insgesamt 49 Bürgerämtern und rückt die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Betrachtung, so weicht die bislang ausschließlich geführte Diskussion um Kreisgrenzen und Kreissitze oder gar den Namen des neuen Landrates an die richtige Stelle – näm-

lich an das Ende der Reformdebatte.“

Die Steuerungsgruppe sieht ihr Angebot als Alternative zu den „von Staatsminister Buttolo favorisierten Hinterzimmergesprächen und Postenmauscheleien“.

*

Internet-Nutzer erhalten die Liste der vorgeschlagenen Bürgerämter über <http://linke.pdsfraktion-sachsen.de/kommun/bueaem>. Eine entsprechende Sachsenkarte ist über den Zusatz _karte einzusehen.

Vor Urteil über Flughafenausbau

LN. Der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes will am 24. und 25. Oktober abschließend den Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle prüfen. Im Mai vergangenen Jahres hatte das Gericht im Eilverfahren grünes Licht für den Bau einer neuen Start- und Landebahn gegeben – Grundlage für die DHL-Ansiedlung, aber auch für NATO- und US-Militärtransporte.

Privat vor Recht?

LN. Das Verhalten von Landtagsdirektor Dr. Christopher Metz werfe einen Schatten auf das sächsische Parlament, erklärte der Chef der Linksfraction im Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch. „Die umgehende Rückzahlung des Ausgleichs unzulässiger Privatnutzung des Landtags-Fuhrparks halten wir für ebenso selbstverständlich wie die Beendigung der Zusammenarbeit des Landtags mit der Beratungsfirma, für die die Lebensgefährtin des Direktors tätig ist.“ Die zu Recht an Abgeordnete angelegten strengen Maßstäbe müssten auch für die Spitzen der Landtagsverwaltung gelten.

Pfund zum Wuchern

LN. Zahlreiche Bewohner der tschechischen Grenzgebiete nutzen den Dresdner Flughafen für preiswerte Urlaubsreisen. Im 1. Halbjahr 2006 wurden 836917 Passagiere gezählt. Die Landtagsabgeordneten Heiko Kosel und Klaus Tischendorf von der Linksfraction fordern deshalb, die Vernetzung der Tourismusbranche im Dreiländereck auch mit EU-Mitteln zu fördern. „Vor allem sollten sich die sächsischen Reiseunternehmen um den Erwerb von kultureller und Sprachkompetenz bemühen und mit tschechischen Büros zusammenarbeiten.“ Das gebe Impulse für neue Arbeitsplätze.

Wasserstoff-Busse

LN. Angesichts steigender Kraftstoffpreise und verschärfter Umweltnormen sollten die sächsischen Busunternehmen die Anschaffung von Wasserstoffbussen prüfen, regt Technologieexperte Heiko Hilker von der Linksfraction im Landtag an. „Damit könnte in naher Zukunft statt Abgasen nur noch heiße, beinahe schadstofflose Luft ausgestoßen werden.“ Die Staatsregierung müsse prüfen, über welche EU-Programme sie diese Entwicklung fördern will, damit 2010 der mit Wasserstoff betriebene Bus in Sachsen Normalität wird. MAN liefert zurzeit erste Busse dieser Art.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juli

Notruf für Arbeitslose unter 25

Erstmals stieg die Arbeitslosigkeit im Bereich der Agentur für Arbeit Leipzig im Juli nicht an, sondern sank um 404 Personen gegenüber dem Vormonat und um 11 704 Arbeitssuchende gegenüber Juli vorigen Jahres. Sie liegt jetzt bei 69 473 Erwerbslosen. Eine nachhaltige Entwicklung lässt sich wegen Unsicherheiten in der Weltwirtschaft und nachteiliger Regierungsbeschlüsse nicht ableiten. 8867 Arbeitssuchende meldeten sich neu an (im Vormonat: 7449), davon 3381 aus der Erwerbstätigkeit (produzierendes Gewerbe 95, Bau 97, Dienstleistungen 627, Ausbildung/Qualifizierung 2520!). Mit einer Arbeitslosenquote von 17,6 Prozent steht der Agenturbezirk Leipzig wie bisher in Sachsen nur Bautzen nach (zum Vergleich Dresden: 13,8, Chemnitz 15). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist mit 48 Prozent noch immer hoch. Viele vermittelte Jobs sind prekär: kurz befristet, Teilzeitarbeit oder/und schlecht bezahlt.

Besonders bitter: Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 stieg wegen Nichtübernahme Ausgebildeter an. Agenturchef Dr. Meyer veröffentlichte einen Notruf: Seit Oktober 2005 wurden nur 2239 betriebliche Stellen gemeldet, sechs Prozent weniger als im Vorjahr. Dem stehen 8718 Bewerber gegenüber (Verhältnis 1:3,9). In Sachsen insgesamt sank die Erwerbslosigkeit gegenüber Juni um 6004 auf 349 502 Personen – der geringste Stand seit 1996. Am stärksten ging sie bei Metallberufen, Elektrikern, Monteuren und beim Bau zurück. Doch 433 40 Sachsen unter 25 Jahren sind arbeitslos – 2684 mehr als im Vormonat.

• J. SPITZNER

25. Juli

Dresden/Leipzig. Wirtschaftsminister Thomas Jurk bestätigt die Enthüllung der Leipziger Linkspartei vom Vortag: Der City-Tunnel wird rund 73 Millionen Euro teurer als geplant, seine Fertigstellung kann bis 2012 dauern. Eine Sondergruppe der Staatsregierung berät erstmals zum umstrittenen Tunnelprojekt.

26. Juli

Mittweida. Mehr als hundert Beamte ermitteln gegen 26 Angehörige der Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ im Raum Mittweida und Stollberg.

27. Juli

Dresden. Jeder dritte Werkstätige Sachsens verdient unter 7,50 Euro je Stunde, teilt DGB-Landesvorsitzender Hanjo Lucassen mit. Von den 1,6 Millionen Werkstätigen haben knapp 500 000 ein monatliches Nettoeinkommen unter 900 Euro. Der DGB Sachsen bekräftigt die Forderung nach Einführung eines Mindestlohns von 7,50 Euro je Stunde.

Kamenz. Neue Durchschnittswerte vom Statistischen Landesamt: 2004 gaben die Sachsen im Schnitt 13 520 Euro für privaten Konsum einschließlich Miete und Be-

SACHSEN-CHRONIK

25. Juli bis 7. August

triebskosten aus, 170 Euro mehr als im Jahr zuvor. Für die alten Bundesländer ohne Berlin lag der Pro-Kopf-Konsum bei 16 600 Euro. – Zugleich sparten die Sachsen 1400 Euro pro Kopf (im Schnitt 9,4 Prozent des verfügbaren Jahreseinkommens); das sind 50 Euro mehr als 2003.

27./28. Juli

Leipzig. Unter den Augen von Gießereimitarbeitern fahren Diebe mehrfach mit einem Laster Aluguss-Abfall von der HAL Aluminiumguss Leipzig GmbH ab – Gesamtwert etwa 25 000 Euro.

28. Juli

Dresden. Nur bei 31 der 150 sächsischen Badeseen wird regelmäßig die Wasserqualität geprüft, gibt der FDP-Landtagsabgeordnete Tino Günther bekannt.

Leipzig. 18 Mitglieder des Aufsichtsrats der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft fordern eine Sondersitz-

zung. Sie befürchten, dass der Stadtkonzern mit einer europaweiten Ausschreibung die Weichen für den Verkauf von Stadtwerksanteilen stellt. OB Jung hatte Teilverkauf vorgeschlagen.

31. Juli

Leipzig/Paris. Die Verlage Klett und Nathan geben das erste deutsch-französische Geschichtsbuch „Historie/Geschichte – Europa und die Welt seit 1945“ heraus. „Damit lernen erstmals Schüler zweier Nationen aus einem identischen Lehrwerk“, berichtet eine Tageszeitung.

1. August

Dresden. Die Staatsanwaltschaft leitet ein förmliches Ermittlungsverfahren gegen Landtagsdirektor Christopher Metz wegen Untreue ein (siehe oben).

2. August

Kamenz. Die Lohnstückkosten der sächsischen Industrie liegen bei 65,4 Prozent,

teilt das Statistische Landesamt mit. In den alten Ländern werden 69,2 Prozent des Produktwertes für Arbeitskosten aufgewendet. 2003 lagen die Werte noch gleichauf bei rund 76 Prozent.

Pirna/Dresden. Wegen Fortführung der verbotenen Neonazi-Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ wird Thomas S. aus Pirna zu acht Monaten Haft verurteilt.

5. August

Dresden. Die politische Spitze der Stadt und des Freistaats glänzt beim Bürgerprotest gegen ein „Pressefest“ der NPD in Dresden-Papritz durch Abwesenheit. Rund 600 nehmen an einem Protestzug teil.

7. August

Kamenz. Die Zahl unverheirateter Paare mit gemeinsamen Sorgerecht für Kinder steigt in Sachsen, teilt das Statistische Landesamt mit. Es zählte im vorigen Jahr 11 348 Sorgeerklärungen – 1200 mehr als 2004. Sie sind Voraussetzung für die Ausübung des Sorgerechts

Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens“ nannte Condoleeza Rice das Blutvergießen. Man müsse jene stoppen, die ihn nicht wollen. Und ihr Präsident sah in dem von Israel seit dem 12. Juli geführten Krieg die Gelegenheit zu einer generellen Veränderung der Region. So konnte der israelische Botschafter in Washington erklären, dass die USA Israel weiter unterstützen würden, selbst wenn es ein „Massenmassaker“ in Libanon anrichten würde.

Kein Zweifel, dieser Krieg entspricht der USA-Strategie gegenüber dem Nahen Osten. Deshalb sind die USA bisher gegen einen sofortigen Waffenstillstand, wie ihn der UNO-Generalsekretär und die Mehrheit der Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates fordern. Die Bundesregierung unterstützt die USA-Position. Doch gerade die deutsche Regierung

lung haben. Die angestrebte Vernichtung der Hisbollah selbst um den Preis der Zerstörung des Libanon soll es der israelischen Regierung besser ermöglichen, sich große Teile des Westjordanlandes einzuverleiben. Was von Washington ebenso gebilligt wird wie der Krieg im Gazastreifen und in Libanon. Liegt da nicht der Verdacht nahe, dass der in der Tat abenteuerliche Akt der Gefangennahme eines israelischen Soldaten durch Hamas und zweier weiterer durch Hisbollah nur als Vorwand dienen sollte, um eine seit längerer Zeit geplante Militäraktion durchzuführen, um jene Kräfte „zu stoppen“, wie Condoleeza Rice meinte, die

UNO-Sicherheitsrat zu sanktionieren hätte. So scheint es nun nicht mehr um die Vernichtung des militärischen Potentials der Hisbollah zu gehen, sondern um ihre Zurückdrängung hinter den 24 km von der Grenze entfernten Litani-Fluß. Internationale Streitkräfte hätten dann nach israelisch-amerikanischer Vorstellung die Aufgabe, diese Pufferzone zu besetzen und die Hisbollah entsprechend der Sicher-



Krieg in Nahost



Die Blutspur der „Neuordnung“

Von **HEINZ-DIETER WINTER**

müsste für das Ende des Blutvergießens eintreten und aus besonderer Verantwortung für die Existenzsicherung des jüdischen Staates auf Israel so einwirken, dass es eine Politik beendet, die Frieden mit seinen Nachbarn unmöglich macht. Die israelische Regierung sieht sich in ihrer Kriegsführung bestärkt, einer Kriegsführung, die wegen ihrer Unverhältnismäßigkeit, der zahlreichen Opfer der Zivilbevölkerung und des Einsatzes von Streubomben völkerrechtswidrig ist. Die Zahl der Opfer unter den Kämpfenden, aber vor allem in der Zivilbevölkerung erhöht sich täglich. Ein Drittel sind Kinder. Wasser-, Lebensmittelmangel sowie fehlende medizinische Versorgung bestimmen den Alltag vieler Menschen. Humanitäre Hilfe kann ihr Ziel nicht erreichen, solange es keinen Waffenstillstand gibt. Israel will seinen Job trotz aller Forderungen, die Waffen endlich schweigen zu lassen, zu Ende bringen und die USA lassen gewähren. Nach Irak hat die Blutspur der „Neuordnung“ nun Libanon und Gaza erreicht. Wird sie weiter gezogen, nach Syrien, wie der israelische Friedensaktivist Uri Avnery befürchtet, oder nach Iran? In israelischen Militärkreisen wird bereits erwogen, die libanesischen Krise zu nutzen, um Gründe für einen Angriff auf Iran zu haben. Obwohl im Irak bereits der Versuch gescheitert ist, durch Krieg, sogenannten *regime change* sowie „Demokratisierung“ von außen die Verhältnisse so „neu zu ordnen“, wie es den strategischen Interessen der USA entspricht, setzt die von Neokonservativen bestimmte Politik Washingtons weiterhin auf einen Kurs, der die gesamte Region in chaotische Verhältnisse stürzen kann und ihren Völkern Leid und Zerstörung bringt. Der „neue Nahe Osten“ à la Washington soll von Kräften beherrscht werden, die den USA genehm sind. Die vielerorts an Einfluss gewinnenden islamistischen Oppositionskräfte, die sich gegen die arabischen Diktaturen und Monarchien sowie die USA-Politik wenden, sollen – auch wenn sie durch demokratische Wahlen legitimiert sind, wie die Hamas in Palästina und die Hisbollah in Libanon – nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. „Schurkenstaaten“ wie das syrische säkulare nationalistische Baath-Regime und das Mullah-Regime in Iran werden mit Regimewandel und Krieg bedroht. In einem so „neu geordneten“ Nahen Osten soll der militärisch stärkste Staat Israel die regionale Vormachtstel-

diesen „neuen Nahen Osten“ nicht wollen? Diese Aktion wird ihr Ziel sicherlich nicht erreichen. Der politische Rückhalt von Hamas und von Hisbollah, die als legale Partei im Parlament und in der Regierung vertreten ist und die Interessen von mehr als einem Drittel der libanesischen Bevölkerung vertritt, wird wachsen. In allen ethnisch-religiösen Gemeinschaften Libanons, auch unter den Christen, wird der Kampf der Hisbollah gegen Israel mehrheitlich unterstützt und die USA-Politik abgelehnt. Die israelische Armee, die 1967 in sechs Tagen mehrere arabische Armeen geschlagen hatte, konnte jetzt nach vier Wochen Krieg ihre ursprünglichen militärischen Ziele nicht erreichen. Während des zweiten Besuchs von Condoleeza Rice in Israel Ende Juli wurde besprochen, wie im Ergebnis weiterer Kampfhandlungen eine für Israel und die USA günstige politische Regelung erreicht werden kann, die dann der

UNO-Sicherheitsratsresolution 1559 zu entwaffnen. Um das diesem Krieg zugrunde liegende Konfliktpotential zu beseitigen, bedarf es aber einer politischen Regelung, die die Interessen aller Seiten, sowohl das Sicherheitsinteresse Israels als auch die Interessen der libanesischen Regierung, der Hisbollah, der Palästinenser und Syriens berücksichtigt. Zunächst müssen sofort und ohne Bedingungen die Waffen schweigen. Es kann nicht darum gehen, dass Israel den Krieg nur unter der Bedingung einstellt, dass Hisbollah ihre Waffen abgeliefert. Das zu erreichen, kann auch nicht Aufgabe von UNO-Streitkräften sein. Hisbollah ist als Kampforganisation während der Besetzung Südlibanons durch Israel entstanden. Deshalb muss Israel sich aus dem noch besetzten Teil Libanons, den sogenannten Scheeba-Farmen, zurückziehen. Die Befreiung der beiden israelischen Soldaten kann nur im Austausch mit liba-

nesischen Gefangenen erfolgen. Internationale Streitkräfte der UNO könnten nach Beendigung der Kämpfe und dem Abzug der israelischen Armee einen Korridor an der Grenze zwischen Libanon und Israel kontrollieren, um den erneuten Ausbruch von Kampfhandlungen zu verhindern. Aber das wird ohne Einverständnis von Hisbollah nicht gehen. Die künftige Stellung der Hisbollah in der libanesischen Gesellschaft, die Frage, ob sie auch in Zukunft eine bewaffnete Miliz haben wird, kann nur zwischen der libanesischen Regierung, der Hisbollah und den anderen gesellschaftlichen Kräften des Landes geregelt werden. Wenn zwischen Libanon und Israel gesicherter Frieden herrscht, gäbe es auch keinen Grund mehr für eine bewaffnete Hisbollah. Doch sicherer Frieden an der israelisch-libanesischen Grenze wird auf Dauer nur möglich sein, wenn das eigentliche nahöstliche Grundproblem auf der Grundlage der relevanten UNO-Sicherheitsratsbeschlüsse politisch geregelt wird. Das müsste Aufgabe einer neuen Nahostkonferenz sein. Israel muss sich von den 1967 besetzten Gebieten, sowohl aus dem Westjordanland als auch von den syrischen Golanhöhen und dem ganzen Südlibanon zurückziehen. Die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem muss ermöglicht werden. Der gewaltsame Widerstand von Hamas und Hisbollah, der auch nicht zu billigen Terroraktionen einschließt, hat sich unter den Bedingungen israelischer Okkupation entwickelt.

Die hier skizzierte Regelung des Nahostproblems würde die Gründe für gewaltsamen Widerstand nehmen. Mit Hamas und Hisbollah ist politischer Dialog notwendig, das würde ihre Integration in einen politischen Prozess ermöglichen. Dialog ist auch mit dem Iran und Syrien, die beide Hisbollah unterstützen, erforderlich. Gänzlich unverständlich ist, warum die USA nicht – wie früher – mit Syrien sprechen. In der Vergangenheit hatten solche Gespräche auch zur Beruhigung der Lage in Libanon beigetragen. Das wäre auch heute noch der Fall, selbst wenn die syrische Armee dort nicht mehr präsent ist. Erst wenn die Blutspur von Kriegen und Konflikten aufhört, wird es einen neuen und friedlichen Nahen Osten geben.

Unser Autor Dr. Heinz-Dieter Winter war als Botschafter der DDR in Syrien und Jordanien tätig



Solidarität
ist die
Zärtlichkeit
der Völker

Cubasi

Kuba den Kubanern

Comandante Fidel Castro ist kurz vor seinem 80. Geburtstag am 13. August schwer erkrankt. Und doch geschieht, was viele sich nicht vorstellen konnten: Kuba funktioniert normal, und die Kubaner zweifeln nicht, sie werden Fidels Geburtstag eben am 2. Dezember feiern. Das passt sowieso wunderbar, denn das ist der 50. Jahrestag der legendären Landung der Granma, der „Großmutter“, 600 Meter vor Kubas Küste. Zugegeben, Che nannte diese „Landung“ der Fidelisten ehrlich beim Namen, es war ein Schiffbruch. Aber mit welchen Folgen für das kubanische Volk, das heute für Lateinamerika bildungs- und sozialpolitisches Vorbild ist, das so gut wie keine Arbeitslosen mehr kennt, das solidarisch überall hilft, wo Not ist. Selbst als New Orleans im Hurrikan versank, bot Fidel, dessen Land selbst dramatisch betroffen war und seit 44 Jahren unter US-amerikanischem Boykott leidet, medizinische Hilfe an.

Drüben auf der anderen Seite der Karibik indess ist der makabre Jubel der Nachkömmlinge der nach Miami geflohenen kubanischen Latifundistas, der Rum- und der Zigarrenbarone und deren Terroristen und Attentäter schon wieder leiser geworden. Kuba liefert sich ihnen nicht so leicht aus, auch nach Fidel nicht. Die Situation für die Karibikinsel ist günstig wie noch nie. Es gibt neue, starke Handelspartner wie China und Verbündete wie Venezuela und Bolivien. Dennoch, Bush und seine Getreuen wollen es wieder einmal wissen: Die Tage des Kommunismus in der Karibik seien gezählt, behaupten sie und rufen das kubanische Volk unverblümt zur Konterrevolution. Passend dazu hat Bush gerade wieder ein weiteres hochgefährliches, finanziell reich ausgestattetes Destabilisierungskonzept verabschiedet lassen, ausgeheckt von einer „Kommission für den Übergang zu einem freien Kuba“. Ricardo Alarcón, Kubas Parlamentspräsident, verglich dieses Umsturzprojekt mit Hitlers „Mein Kampf“. Beide Dokumente stimmten in ihren Plänen zur Unterjochung einer Nation und in ihrem „auf Völkermord abzielenden und rassistischen Charakter“ überein.

Das „befreite“ Afghanistan, Irak, das einstige Jugoslawien, ja selbst die Ukraine und Georgien lassen mit ihren neuen „Demokratien“ grüßen. Glauben die Bushianer, in Kuba wisse man nichts von ihrer terroristisch-menschenverachtenden „Hilfe zur Freiheit“? In LN 2'06 stellten wir Horst Schäfers „Im Fadenkreuz: Kuba“ vor. Jeder Kuba-Freund sollte es kennen. Es erschien im Kai Homilius Verlag wie auch das von Heinz Dieterich herausgegebene „Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben?“ mit Castros Rede vom November 2005 in Havanna (Auszug siehe S.9). LN stellt heute zwei der neuen Fidel-Bücher mit kurzen Leseproben vor, die aus Anlass seines 80. erscheinen. • WART

Fidel wird 80

und die Revolution wird 50

Leseprobe aus:

Waltraud Hagen/Peter Jacobs:
Fidel Castro. Eine Chronik. Verlag
Neues Leben. Berlin 2006, 188 S.

Die Moncada-Leute verdanken ihre vorzeitige Entlassung dem Wahlsieg Batistas. Zwei Jahre nach seinem Putsch sieht der Militärdiktator seine Macht soweit gefestigt, daß er es riskieren will, sich nachträglich eine demokratische Scheinlegitimation zu beschaffen. Die Wirtschaft und die Nachtclubs florieren, die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt stehen gut, in Havanna wuchs eine Skyline von Hochhäusern, in den Casinos tingeln Berühmtheiten von Maurice Chevalier bis Nat King Cole.

Batistas Freunde in Washington begrüßten, daß er sich im Jahr 1954 dem Votum des Volkes stellte, und sahen großzügig darüber hinweg, daß kein Politiker so leichtsinnig war, gegen ihn zu kandidieren. Vizepräsident Richard Nixon kam zur Amtseinführung im Februar 1955 nach Havanna, ihm folgte der CIA-

Direktor Allen Dulles. Von beiden wurde Batista belobigt, daß er „gute Arbeit beim Ausmerzen des Kommunismus“ geleistet habe.

Da schien es gut ins Bild zu passen, dem Häuflein vermeintlich gescheiterter Revolutionäre auf der Isla de Pinos vorzeitig die Freiheit zu schenken, falls sie sich verpflichteten, der Rebellion zu entsagen. Die Bedingung wiesen Castros Gefährten jedoch mit flammenden Worten zurück: „Wir werden unsere Ehre nicht als Preis für unsere Freiheit aufgeben. Wir werden lieber tausend Jahre Haft als diese Demütigung auf uns nehmen!“ Der Kongreß in Havanna billigte dennoch einen Amnestieerlaß, und am 15. Mai 1955 wurden die Moncada-Häftlinge freigelassen. Fidel Castro erfährt, als er nach Havanna zurückkehrt, zum ersten Mal das Gefühl öffentlichen Triumphes ... Sofort macht er sich daran, um alte und neue Gefolgschaft zu werben. Naty Revueltas wird ihm eine treue Gefährtin. In ihrem Wohnhaus trifft er sich mit Gleichgesinnten und gründet am 12. Juni 1955 die Unter-

grundbewegung des 26. Juli (M-26-7 = Movimiento 26 de Julio), eine heterogene politische Gruppierung, die Intellektuelle und Arbeiter, Bürgerliche und Bauern zum Kampf gegen die Batista-Diktatur sammeln will. In allen wichtigen Städten des Landes sollen revolutionäre Zellen aufgebaut werden. Das Datum im Namen der Bewegung erinnert an den gescheiterten Überfall auf die Kaserne in Santiago. ...

Einen Tag nach seiner Ankunft in Mexiko-Stadt sieht der kubanische Exilant Fidel Castro seinen Bruder Raúl wieder. Sie treffen sich in einer Wohnung in der Altstadt bei der Mexikanerin Maria Antonia González, die mit einem kubanischen Ringer verheiratet ist und mit der Bewegung des 26. Juli sympathisiert. Raúl bringt einen Argentinier mit, der eher leise und wenig spricht, aber mit einer Selbstsicherheit, die derjenigen Castros entschieden standhält, sie womöglich gar übertrifft. Der andere ist Arzt, er arbeitet auf einer schlechtbezahlten Stelle in einem Krankenhauslabor. Der Gast hustet viel, denn er wird seit seiner Kindheit von einem schweren Asthmaleiden geplagt, er raucht dennoch Zigarre und benutzt im Gespräch, um einen Satz mit der Floskel „Hör mal“ einzuleiten, eine bei den Kubanern nicht gebräuchliche Lautbildung, nämlich Che.

Ernesto Guevara de la Serna, von den Kubanern Che genannt, stammt ebenfalls aus einer wohlhabenden Familie.

Fortsetzung Seite 9



44 Jahre rauchte Fidel seine Havannas. Am 26. August 1985 hörte er schlagartig auf – aus Anlass einer nationalen Gesundheitskampagne, für die er Vorbild sein wollte.

Was Sie schon immer – kurz und bündig – über den Mann wissen wollten, der Kuba ein menschliches Gesicht gab, das erfahren Sie in den soeben erscheinenden Anekdoten über Fidel Castro „Wenn ich sterbe, wird es keiner glauben“ – gesammelt und aufgeschrieben von Peter Jacobs. Eulenspiegel Verlag, 127 S.

Barbudo

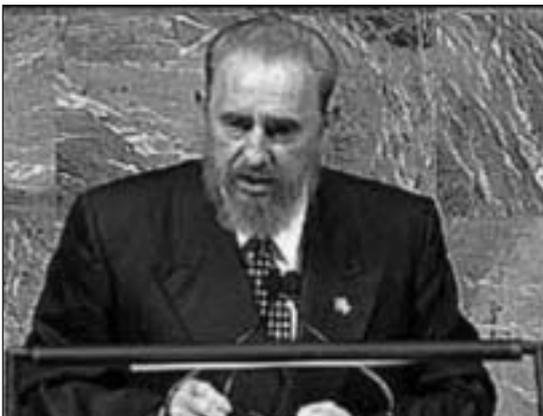
Rasierspiegel führen sie nicht im Marschgepäck, und so nehmen sich die Rebellenführer eines Tages vor, erst wieder zum Rasierpinsel zu greifen, wenn sie siegreich in Havanna einziehen. Der einzige, der schwankt, ist Fidel. Eine glattrasierte Truppe würde einen schneidigeren Eindruck bei der Eroberung der Städte machen. Dem halten die Bartfreunde entgegen, daß ihr wildes Äußeres Menschenleben schone. So nämlich seien sie sehr deutlich von Zivilisten zu unterscheiden, weshalb die Polizei und die Armee nicht mehr von jedem Getöteten behaupten kann, es handele sich um einen Rebellen. Der Gedanke überzeugt Castro. Mit diesem Gesichtschmuck könne er, falls ihn eine Kugel träfe, leichter als Märtyrer identifiziert werden.

Gerührter

Mehr als neunhundert Kilometer weit ist der Weg von

Santiago nach Havanna zu Lande, und die Straßenverhältnisse sind nicht überall die besten. Am 3. Januar bricht Fidel Castro auf.

Es wird eine Triumphfahrt im offenen Jeep. In der Hand schwenkt er sein automatisches Remington-Gewehr mit dem Zielfernrohr, zwischen den Zähnen klemmt die Zigarre, am Hals baumelt das Kettchen mit dem Abbild der Virgen del Cobre, der Jungfrau der Nächstenliebe. Die Menschen begrüßen den Zweiunddreißigjährigen wie einen Erlöser.



Nach fünf Tagen erreicht der legendenumwobene Guerillaführer aus den Bergen die Hauptstadt. Am Stadtrand hat man seinen Sohn Fidelito postiert, gekleidet in eine Rebellenuniform. Der Vater schluckt. Es ist der einzige Moment auf der ganzen Reise, da er vergißt, an die versammelte Menschenmenge eine Ansprache zu richten.

Auserwählter

In Havanna spricht Fidel zum ersten Mal zu einem Millionenpublikum. Zum Zeichen des Friedens steigen weiße Tauben auf. Und es geschieht ein Wunder. Eine der Tauben setzt sich auf Fidels Schulter, zwei andere lassen sich neben dem Mikrophon nieder. Die Anhänger der Santería erstarren wie die Pilger in Lourdes. Da steht einer auf der Tribüne und empfängt den Schutz Obatalás, des Gottes des Friedens. Er ist gerecht und rein, verabscheut Gier und Geld, kann Krankheiten heilen und erzieht. Alles, was Kuba von Obatalá erwartet, nimmt Gestalt an in diesem Auserwählten. Die Taube teilt es mit: Er ist gekommen in seiner olivgrünen Uniform – ein bärtiger Heiliger.

Danksager

Zuruf auf einer Demonstration in Havanna: „Fidel, ich war Zuckerrohrschneider. Ich habe auf der Finca deines Vaters gearbeitet.“

Fortsetzung von Seite 8

Dieser Achtundzwanzigjährige fasziniert seine Gesprächspartner in einer nie gekannten Weise ...

Che hat marxistisch-leninistische Literatur, soweit sie zu dieser Zeit auf dem lateinamerikanischen Buchmarkt zu haben war, gründlich gelesen und diese Überzeugung angenommen, ohne sich davon buchstabengelehrt vereinnahmen zu lassen. Was er damit politisch anfangen könne, wußte er bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Er gehörte keiner Partei an, führte das Vagabundenleben eines heimatlosen Lateinamerikaners, der sich sozial engagieren wollte und sogar schon versucht hatte, als Arzt auf einer Lepra-Station zu arbeiten. ... „Er hatte“, so gestand Castro ihm später zu, „einen besseren theoretischen Hintergrund, er war als Revolutionär weiter als ich“.

Merkwürdigerweise wird von den Castro-Biographen jedoch meist übersehen oder nur beiläufig wahrgenommen, daß von diesem Zeitpunkt an in diesem Männer-Bund ein dritter die Rolle des Katalysators spielt und immer dabei ist. Der jüngere Bruder Raúl, der beim Angriff auf die Moncada noch eine Art Adjutantenrolle innegehabt hatte, war nicht nur derjenige, der Che mitgebracht hatte. Er bekannte sich, wie der Argentinier, damals schon zum Marxismus. Der erst Fünfundzwanzigjährige wird von



Castro und Gagarin, zwei Herzeneroberer

dem fünf Jahre älteren Bruder fortan immer konsultiert, wenn Entscheidungen von größerer Tragweite getroffen werden sollen. Raúl ist der Schattenmann in diesem magischen Dreieck. Es gibt einen Zeugen, der dies in dieser pränatalen Revolutionsphase schon sehr genau wahrnahm. Einen, der Fidel und Che und Raúl im mexikanischen Exil ganz nahe stand: der aus Spanien geflüchtete Oberst Alberto Bayo. Jahre später beschreibt er Raúl als einen „Koloß bei der Verteidigung revolutionärer Prinzipien“ und vermu-

tet: Würden die wahnsinnigen Mörder eines Tages das Leben Fidels auslöschten, „und dabei denken, daß sie das Licht Revolution auslöschen, (...) dann haben sie nicht die leiseste Ahnung von dem Mann, der dann die Fackel aufgreifen würde, denn Raúl ist Fidel mal zwei in Energie, Starrheit und Charakter.“ ...

Fidel Castro macht sich in Mexiko sofort daran, junge Landsleute zu sammeln, die bereit sind, mit ihm die bewaffnete Landung in Kuba zu versuchen. ...

Auszug aus der Rede Fidel Castros vom 17. November 2005, von der Linken kaum wahrgenommen:

Liebe Studenten, die Frage, die ich vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen aufwerfe, lautet: Kann ein revolutionärer Prozeß unkehrbar sein oder nicht? Welche Ideen oder welcher Grad des Bewußtseins würde die Umkehr eines revolutionären Prozesses unmöglich machen? Wenn die ersten, die Veteranen, verschwinden und die neuen Generationen von Führenden übernehmen, was sollen diese tun, und wie sollten sie es tun? Wenn doch schon wir Zeugen so vieler Fehler waren, von denen wir nicht einmal merken, daß wir sie begingen. Die Macht, die ein Führer hat, wenn er das Vertrauen der Massen genießt, wenn sie seinen Fähigkeiten vertrauen, ist riesig. Die Folgen eines Fehlers derjenigen, die größte Autorität besitzen, sind schrecklich, und das ist in den revolutionären Prozessen mehr als einmal passiert. Das sind Dinge, über die man nachdenkt. Man studiert

Kann die Revolution überleben?

die Geschichte. Was ist hier passiert, was ist dort passiert, denkt darüber nach, was heute geschehen ist und was morgen geschehen wird. Das Land hat begrenzte Ressourcen gehabt, sehr begrenzte; aber dieses Land hat nichts anderes getan, als Ressourcen zu verschwenden, in aller Ruhe und das, während man euch ein kleines geruchloses Stück Seife gab und Zahnpasta, damit ihr euch die Zähne putzen konntet, diszipliniert, jeden Tag...

Manche glaubten, daß sie mit kapitalistischen Methoden den Sozialismus aufbauen würden. Das ist einer der großen historischen Fehler. Ich will nicht davon sprechen, ich will nicht theoretisieren; aber ich habe eine Unzahl von Beispielen, daß man bei vielen Dingen, die gemacht wurden, immer danebengehauen hat und zwar diejenigen, die als Theoretiker angesehen wurden, die durch und durch die Bücher von Marx, Engels, Lenin und aller anderen studiert hatten. Deshalb habe ich jene Worte gesagt, daß einer unserer größten Fehler zu Beginn und oft auch im Verlaufe der gesamten Revolution war zu glauben, daß irgend jemand wisse, wie der Sozialismus aufgebaut werden könne.

„Wirklich? Die Dinge haben sich geändert, wie du weißt. Nun gehört die Finca dem Volk.“

Die Menge lacht.

„Aber wie dem auch sei, du hast mitgeholfen, meine Colegio-Ausbildung zu bezahlen.“

Tobender Applaus.

Kompetenter

Vier Monate nach seinem Einzug in Havanna wird Fidel Castro von amerikanischen Zeitungsverlegern in die USA eingeladen. Es ist noch die Testphase. Amerika will wissen, was der Mann vorhat. In Washington stellt man der kubanischen Delegation einen Mitarbeiter des Außenministeriums vor mit dem Hinweis, dies sei der Beauftragte für kubanische Angelegenheiten.

„Komisch“, merkt Castro an, „ich dachte eigentlich, derjenige, der für kubanische Angelegenheiten zuständig ist, das bin ich.“

Muschelsucher

In seiner Regierungszeit legt sich der Baseballer und Bergsteiger ein weiteres sportliches Hobby zu: Schnorcheln und Schwimmen. Das bringt die Leute von der Abteilung Attentate des amerikanischen Geheimdienstes CIA auf neue Ideen. Einer ihrer Pläne sieht vor, hochansteckende Tuberkulosebakterien in Castros Taucheran-

zug einzubringen. Sie überlegen auch, ob man seine Taucherbrille mit einem Haarausfallmittel präparieren und ihn als plötzlich Kahlköpfigen lächerlich machen könne. Schließlich entscheiden sie sich, am Meeresboden eine farbenprächtige Muschel auszulegen, gefüllt mit Sprengstoff. Der Plan wird von der kubanischen Spionageabwehr entdeckt und fortan muß sich Castro selbst beim Bad im Meer und zwischen den Korallenriffen die Begleitung von Leibwächtern gefallen lassen.



Cuba sí feierte den 15.

Cuba sí wurde am 23. Juli 1991 als Arbeitsgemeinschaft (AG) beim Parteivorstand der PDS (Linkspartei.PDS) gegründet. Sie hat ihren Sitz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Gemäß Punkt 7 des Statutes der Linkspartei.PDS ist sie innerhalb der Partei eine politisch selbständig wirkende AG. Die Solidaritätskampagnen „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben“ sind zentrale Solidaritätsprojekte der Partei und somit die wichtigsten Arbeitsfelder der AG Cuba sí.

Warum zum Beispiel Milchprojekte?

Für tropische Verhältnisse hatte Kuba bis 1990 eine hohe Intensität in der Milchproduktion, und zwar dank des guten genetischen Potentials der nationalen Rinderpopulation und des hohen Einsatzes von RGW-importiertem Krafftutter sowie einer mechanisierten und zentralisierten Futterwirtschaft in Großbetrieben. Mit der Milcherzeugung des Landes und mit Hilfe von vertraglich vereinbarten Milchpulverimporten aus den RGW-Ländern (allein die DDR lieferte jährlich 22 000 Tonnen Milchpulver im Austausch gegen Futterhefe) reichte das aus, um jedem Kind und allen alten Menschen eine tägliche Milchration zu garantieren. Eine Leistung, die bisher keinem anderen Land der Region gelungen ist.

Der plötzliche Wegfall der RGW-Handelsbeziehungen und der Zusammenbruch der Sowjetunion verursachte auch einen dramatischen Rückgang der Milchproduktion. Allein in der Provinz Havanna gab es 1992, infolge des verminderten Nährstoffangebotes, 80 000 bis 90 000 Todesfälle bei Kühen.

1991 rief Cuba sí daher die Solidaritätskampagne „Milch für Kubas Kinder“ ins Leben, um finanzielle Spenden für den Kauf und die Lieferung von Milchpulver nach Kuba zu sammeln. Grund war die Aufkündigung der Verträge der DDR mit Kuba durch die Kohl-Regierung, die unter auch die Lieferung von Milchpulver betrafen. Doch mit Spenden für Milchpulver ändert sich nichts an der prekären Import-Abhängigkeit. Daher entschloss sich Cuba sí 1992, ein Pilotprojekt aufzubauen, um eine weideabhängige Milchproduktion in Gang zu bringen. Aus diesem Pilotprojekt sind inzwischen Projekte in drei Provinzen Kubas entstanden, die dazu beitragen, dass in Kuba jedem Kind bis zu 7 Jahren auch weiterhin 1 Liter Milch täglich garantiert werden kann.

Die Leipziger Cuba-sí-Gruppe ist intensiv an diesem Projekt, aber zum Beispiel auch an der Renovierung und am Umbau eines Kindergartens in Matanzas beteiligt.

Olympionike

Alle Attentatspläne werden vorzeitig enttarnt oder wegen Streits unter den exilkubanischen Gruppierungen abgeblasen, oder sie erweisen sich als undurchführbar. Das Zielobjekt nimmt es sportlich. Wenn es eine olympische Disziplin im Überleben von Attentaten gäbe, könnte ihm niemand die Goldmedaille streitig machen. Jedoch: „Es ist gut möglich, daß ich ihretwegen irgendwann vor Lachen umkomme.“

Tobender

„Hurensohn“, „Bastard“, „Schwuler“. Nie zuvor haben die Mitarbeiter Fidels ihn so inbrünstig fluchen hören, wie an jenem dramatischen Oktobertag des Jahres 1962, es war der 28., als die Welt davon erfuhr, daß der sowjetisch-amerikanische Atompoker um die Karibikinsel ein versöhnliches Ende gefunden habe. Nicht so sehr die Nachricht selbst (Chruschtschows Einwilligung gegenüber dem USA-Präsidenten, die sowjetischen Raketen aus Kuba zurückzuziehen) erregt den Comandante, sondern vielmehr die Art der Übermittlung. Er hört von der Entscheidung nicht auf diplomatischem Kanal aus dem Kreml, sondern aus dem Radio. Gemünzt sind seine Verbalinjurien auf den bauernschlaun Mann im Kreml, der bei seinem Vabanquespiel die betroffenen Kubaner mehrfach im unklaren gelassen und am Ende sogar übergangen hat.

Die Erwartungen und Versprechungen waren groß, als Henri Maier nach Leipzig kam. In der elfjährigen Amtszeit seines Vorgängers Udo Zimmermann waren große Opernereignisse zu verzeichnen. 1993 wurde das Haus zum 250-jährigen Bestehen mit seinem Aufsehen erregenden Spielplan und bedeutenden musiktheatralischen Leistungen zur Oper des Jahres gekürt. In der gleichen Zeit verringerten sich aber entgegen dem Slogan „Oper im Aufwind“ Besucherzahlen und Vorstellungen, schrumpfte das Ensemble, entstanden Defizite.

Von **WERNER WOLF**

Henri Maier übernahm kein problemloses Erbe. Die ersten Neuinszenierungen von Jacques Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“ und „Orpheus in der Unterwelt“ wurden als Ausdruck der vielfältigen deutsch-französischen Verbindungen mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Doch schon hier zeigte Maier bei der Wahl der Regisseure kein glückliches Gespür. Der „Hoffmann“-Inszenierung mangelte es an szenischer Lebendigkeit, der des „Orpheus“ an Esprit. Die Übernahme einer abgesehenen Pariser Inszenierung von „Pariser Leben“ war auch kein Treffer. „Fausts Verdammnis“ und „Die Trojaner“ zum 200. Geburtstag von Berlioz bekamen lebhaften Zuspruch, weil sie den Theaterbesuchern allenfalls nur als gerühmte außergewöhnliche Werke ein Begriff waren. Großartige Musik und musikalische Qualität der Wiedergabe ließen da über Fragwürdigkeiten der Inszenierungen hinweghören.

Enttäuschend

Fünf Jahre Operntendanz Henri Maier

Bald erwies sich das Fehlen eines Chefdirigenten (und Hinausschieben dieser Verantwortung auf den Amtsantritt Riccardo Chaillys) wie auch eines Chefregisseurs als Mangel. Der Aufbau und die Entwicklung eines Ensembles und systematisches Wirken des Gewandhausorchesters in der Oper sind bei ständigem Wechsel am Regie- und am Dirigentenpult kaum zu schaffen. Inwieweit Riccardo Chailly als gleichzeitiger Opernchefdirigent bei nur einer Einstudierung im Abstand von zwei Jahren und wenigen Dirigaten – zuerst mit musikalisch glanzvollen Aufführungen von Giuseppe Verdis „Maskenball“ – die Entwicklung des Opernensembles befördern kann, muss sich zeigen. Immerhin wurde nun Axel Kober als ständiger erster Kapellmeister zur Unterstützung gewonnen. Was mit kontinuierlicher Arbeit zu erreichen ist, war vor allem dank des Orchesterchefs Roland Seiffarth in der Musikalische Komödie zu erleben. Mit dem kleinen Ensemble und Orchester wird in diesem Haus ein beachtliches Repertoire in respektabler Qualität geboten.

Der Mangel an kontinuierlicher Arbeit zeigte sich am empfindlichsten bei der Inszenierung deutscher Repertoire-Opern. Lortzings „Wildschütz“, seit der Uraufführung 1842 in Leipzig stets eine sichere Bank, blieb bei einem mit der Spezifik des Lortzingschen Musiktheaters nicht vertrauten Inszenierungsteam und Ensemble ohne Farbe und Spielwitz.

Am ärgsten traf es Webers „Freischütz“. Die Wolfsschlucht als Bordell, Samiel als Bordellchefin. Max ließ am Ende seine entsetzte Braut Agathe stehen und lief diesem Zwitter Samuel(a) nach, der Eremit fiel Kugeln zum Opfer. Das ist nicht mit einer neuen, gar revolutionierend ausgegebenen Lesart zu begründen. Mozarts „Figaro“ und „Zauberflöte“, für deren Inszenierungen am Haus Joachim Herz einst Maßstäbe setzte, werden nur verspielt, teils reichlich albern dargeboten. Die jetzt nach einer fingierten Besetzung Wiens durch die Türken im Jahre 1782 spielende „Entführung aus dem Serail“ muss sich entgegen Text und Musik schlimme Brutalisierungen gefallen lassen. Die ebenfalls ziemlich verballhornte, musikalisch aber großartige Einstudierung von Beethovens „Fidelio“ rückte offensichtlich Herbert Blomstedt als Dirigent bei der Wiederaufnahme zurecht, indem er schlimme szenische Ungereimtheiten entfernte und das Finale oratorisch bot. Die stimmigste Neuinszenierung in diesen fünf Jahren war im Frühjahr Richard Wagners „Parsifal“. Wenig glücklich stimmten auch die deutsche Erstaufführung der Oper „Flight“ des Engländers Jonathan Dove und die Uraufführung „Der schwarze Mönch“ des Franzosen Philippe Hersant. Die modern aufgeputzte, gefällige Art der Musik bleibt belanglos. Vergnügliches war indes im Kellertheater in der 2003 begonnenen Reihe „Oper am Klavier“ zu erleben.

Dort wurden einst beliebte, im 20. Jahrhundert aus dem Repertoire verschwundene Opern wie Francois-Adrien Boieldieus „Johann von Paris“, Vicente Martin y Solers „Una cosa rara“, Ludwig Spohrs „Jessonda“ mit Gundula Nowack als ideenreiche szenische Gestalterin, Hans-Georg Kluge als fantastischen Pianisten und einem kleinen Sängereensemble augenzwinkernd geboten.

Einen schmerzlichen Einschnitt erfuhr das Ballett durch den Tod von Uwe Scholz. Die Pflege des Erbes wird ein Teil der Arbeit des neuen Direktors Paul Chalmer sein. Zugleich muss er aber eigene Wege finden. Im Januar 2007 beginnen im Zuschauerraum der Oper Restaurierungsarbeiten. Bis Dezember werden zunächst noch Verdis „Luisa Miller“ mit Riccardo Frizza als Dirigenten, Wagners „Lohengrin“ mit Axel Kober und die Wiederaufnahme des „Maskenball“ mit Riccardo Chailly geboten. Für die Interimszeit kündigte Henri Maier einen abwechslungsreichen Spielplan auf der Drehscheibe hinter dem eisernen Vorhang und im Kellertheater, in der Musikalischen Komödie und im Gewandhaus an. Die Wiedereröffnung erfolgt dann mit Wagners erstem Triumph „Rienzi“. Und das 50-jährige Bestehen des Gebäudes soll 2010 wie 1960 zur Eröffnung mit den „Meistersingern“ gefeiert werden. Damit wird der Blick auf den 200. Geburtstag des Leipzigers im Jahre 2013 gelenkt. Da müssen das Opernhaus und die Stadt Farbe zu ihrem in aller Welt gefeierten Sohn bekennen. Ohne eine Neuinszenierung des Bühnenfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ wird Leipzig da international nicht bestehen können.



Renate und Roger Rössing

Menschen in Leipzig

Viel Emotionales strahlen sie aus, die schwarz-weißen Fotos, die zur Zeit im Oberlichtsaal der Stadtbibliothek zu betrachten sind. Die in den Jahren 1946 bis 1989 entstandenen Arbeiten des Ehepaars Rössing erzählen von Respekt, von Vertrauen, von menschlichen Konfliktsituationen zu unterschiedlichsten Zeiten: Nachkriegsjahre, Messetrubel, Neubauglück, Feiern, Feste, Demonstrationen, aber auch erlebte Einsamkeit. Diese Motive erlauben eine wunderbare Möglichkeit der Rückbesinnung auf Gewesenes und auch bereits Vergessenes. Erwähnt seien die Flüchtlinge und Heimkehrer auf dem Hauptbahnhof, die ersten Mai-Demonstrationen 1946, frühe Jugendweihfeiern in den 50er

Jahren, die erste Verkehrspolizistin (manche sagten damals auch Winkermieze), die Dokfilmwochen im legendären „Capitol“, die Eröffnung des so genannten „Freien Kaufhauses“ und vieles mehr. Zusammengestellt und ausgewählt wurden diese Arbeiten gemeinsam von der Stadtbibliothek Leipzig und dem Lehmsiedt Verlag. Man spürt beim Betrachten, dass die Rössings nicht nur Situationen abfotografiert haben, sondern dass sie ihren „Fotomodellen“ menschlich zugeneigt sind. Gerade in Zeiten, da sich das Stadtbild Leipzigs täglich verändert (und die Menschen mit ihm?), ist ein solcher subtiler Rückblick sehr zu empfehlen. Bis zum 23. September ist das bei freiem Eintritt möglich. Von Montag bis Freitag zwischen 10 und 19 Uhr, samstags zwischen 10 und 14 Uhr. • H. G.

Tränen und Hoffnung. Lachen und Verzweiflung. Die Gefühle führen Achterbahn in der zweiteiligen Fernsehdokumentation „Deutschland ade“. Seine Heimat für immer zu verlassen, dieses Schicksal traf gewiss schon Generationen vor uns. Nur im Jahr 2006 sind es keine Kriegsgründe wie vielleicht noch bei unseren Großeltern. Die ARD gab dieser Tage Einblick in die neuen, nicht ganz freiwilligen Lebenswege der Familien Bressmer und Hülz. Sie sind nicht miteinander bekannt, aber sie eint das Ziel, Deutschland zu verlassen, allerdings ohne Rückfahrkarte. Die Ausgangsorte liegen im Westen. Beide Familien sehen in ihren Heimatorten keine Chancen für sich und ihre Kinder, ein – im schönsten Sinne des Wortes – arbeitsreiches Leben zu führen. Aufgebrochen wird nach Neuseeland und Kanada. Was anfänglich nach Abenteuer aussieht, bildet die zweiteilige Reportage zur Jagd rund um den Globus. Früher hieß es, um „Für zwei Sechser Hoffnung“ zu erhaschen. Lebensverlierer wollen Glo-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Verzweiflung

Von **MICHAEL ZOCK**

balisierungsgewinner werden. Erstaunlich die Naivität, mit der die eine Familie versucht auf dem australischen Arbeitsmarkt zu bestehen. Der Mann, ein 38-jähriger arbeitsloser Fahrer eines Fleischbetriebes, setzt dabei auf die Intelligenz seiner etwas jüngeren Frau, die als Bautechnikerin auf eine Anstellung hofft, ohne der englischen Sprache mächtig zu sein. Ein halbes Jahr darf ihre Suche dauern, wenn sie es in diesem Zeitraum nicht schaffen, verweist Neuseeland die vierköpfige Familie des Lan-

des. Sie müssen zurück, allerdings ohne einen Pfennig Geld, denn die Ersparnisse wären dann aufgebraucht. Auch den Neukanadiern geht anfänglich fast alles

daneben. Sie planen eine private Feriensiedlung und haben sich dabei zunächst mächtig verkalkuliert. Nach verzweifelten Monaten kaufen sie eine kleine Kistenfabrik. Es scheint in Kanada aufwärts zu gehen. Auch in Neuseeland denkt keiner an einen Rückweg Richtung Deutschland. Trotzdem erkennt der aufmerksame Betrachter in den Gesichtern Spuren von Tristesse, ganz gleich ob in Kanada oder in Australien. Wie sagt die junge Bautechnikerin: „Zuhause ist für mich...ich weiß nicht...gibt's gerade nicht.“ Inzwischen versucht ihr Mann, eine kleine Würstchenproduktion aufzubauen. Sein Ziel: In Neuseeland deutsche Würste zu fabrizieren und dann nach Deutschland zu schicken. Es war spannendes Fernsehen: Alle rennen nach dem Glück, das Glück rennt hinterher.

Erste Mai-Demonstration nach dem Zweiten Weltkrieg 1946



Der mit den genauen Ursachen des menschlichen Todes befasste Pathologe Prof. em. Dr. Arno Hecht – einst an der Leipziger Karl-Marx-Universität tätig – benennt ebenso akribisch die Ursachen des Niedergangs eines ganzen Gesellschaftssystems, darin eingeschlossen den der DDR. „Obwohl dieser Republik von ihren Gründern eine nicht endende Zukunft vorausgesagt wurde“, schreibt er, „brach sie im Herbst 1989 wie ein Kartenhaus zusammen.“ Der Ursächlichkeit hierfür auf den Grund gehend, verfolgt er den Weg vom Ende des faschistischen Dritten Reiches bis zur unbewältigten Gegenwart. Beide deutsche Staaten waren Kinder des Kalten Krieges und standen sich von Anbeginn feindlich gegenüber. So kam es in Folge des Zusammenbruchs der DDR zur Vereinigung zweier Staaten, wie sie gegensätzlicher nicht sein konnten. Der Beitritt der DDR zur BRD hatte und hat für den Osten katastrophale wirtschaftliche, soziale und kulturelle Folgen. Mehr noch: „Die Deutungshoheit für das Leben in der DDR und die Befindlichkeit der Bürger in den neuen Bundesländern nach dem Anschluss, maßten sich die Eliten der alten Bundesländer an, unterstützt von einem kleinem Kreis sogenannter Bürgerrechtler.“ Hecht betont, dass die beschränkte Sicht der konservativen Denkstrukturen nicht den Realitäten der Geschichte der DDR und ihrer Menschen gerecht wird, sondern einer alternativen, komplexen Betrachtung bedarf – eine Aufgabe, die er im Wesentlichen den alten, ausgegrenzten Eliten der DDR zuweist. Das Jahr 1990 war für Hecht das „Jahr der Selbstaufgabe“. Der auf eine System-

Der Reiche wurde reicher und der Arme ärmer

Eine komplexe alternative Sicht auf die Einheit Deutschlands

reform mit Fortbestehen der DDR gerichteten Revolution „Wir sind *das* Volk“, folgte die auf die Liquidierung der DDR gerichtete Konterrevolution „Wir sind *ein* Volk“, von Hecht auch als „friedliche Restauration“ benannt. Dennoch, so schlussfolgert er, bezog sich die später einsetzende Enttäuschung der Ostdeutschen nicht auf die „unvollendete Revolution“, sondern auf die nicht erwarteten, aber durchaus voraussehbaren Folgen des Beitritts der DDR zur BRD. Die „ersten freien, demokratischen Wahlen“ im März 1990 fanden unter massiver Einmischung der bundesdeutschen Politik in die inneren Angelegenheiten der staatsrechtlich noch souveränen DDR statt. Die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 war die totale Unterwerfung unter das bundesdeutsche Wirtschaftssystem und versetzte der DDR-Industrie den Todesstoß. Der Einigungsvertrag wurde nunmehr regelrecht durchgepeitscht. Der herrschenden politischen Klasse der BRD ging es nicht, wie vordergründig propagiert, um die Verwirklichung von Menschenrechten oder Menschenwürde, sondern um die Ausdehnung ihres Machtbereiches und die Wiederherstellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse zu Lasten der Ostdeutschen und zum Vorteil

der Westdeutschen. Von Anbeginn war die Eigentumsfrage die Grundfrage der deutschen Einheit. Der begonnene aufrechte Gang des '89er Herbstes endete erneut mit einer „Krümmung des Rückens“. Gleichzeitig gewannen die politischen Kräfte an Einfluss, die bereit waren, sich bedingungslos dem bundesdeutschen Verdikt zu unterwerfen. Der finanzielle Vereinigungsgewinn lag – Hecht stellt es klar heraus – „bei den Banken, Versicherungen, großen Handelsketten, Autoherstellern, Industrieunternehmen, Baubetrieben, Immobilienbesitzern“ u. dgl. mehr. Insgesamt bestätigten sich Daniela Dahns Worte: „Wenn sich Arm und Reich vereinen, dann wird der Reiche reicher und der Arme ärmer.“ Doch die mit den Mitteln der politischen Psychologie meisterhaft getäuschte Mehrheit der DDR-Bürger („in kurzer Zeit werden blühende Landschaften entstehen“; „keinem wird es schlechter ergehen, aber vielen besser“) passte nicht ins Raster der kapitalistischen BRD. Ostdeutsche Identität und Werte orientierten sich nach 41 Jahren „realer Sozialismus“ anders, zumal, wie sich alsbald zeigte, die BRD sich in einer „tiefen Systemkrise“ befindet und ihre innere Balance verloren hat. „Die Wirtschaft hat ihre soziale Verantwortung aus dem Auge verloren und statt dessen

den Maximalgewinn im Blick, ihn zu erreichen, erscheint ihr jedes Mittel Recht.“ Ungeniert formulieren Unternehmen und Wirtschaftsverbände in aller Öffentlichkeit ihre diesbezüglichen Ansprüche und nehmen entscheidenden Einfluss auf Entscheidungen von Regierung und Parlament. So wird das Leben in der BRD immer wieder mit dem in der DDR verglichen, durchaus nicht nur zu Gunsten der Bundesrepublik. Die Zukunft bleibt ungewiss. Für Hecht stellt sich die Frage, „ob die beschriebenen Defizite und Hemmnisse bei der Herstellung der inneren Angleichung noch rückgängig zu machen sind“. Dem gegenwärtigen Trend der sich vertiefenden Spaltung könnte z. B. „eine Besetzung von Top-Eliten durch Ostdeutsche und ein stärkeres Mitspracherecht der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten entgegenwirken“. Trotz dieser und ähnlicher Vorstellungen, die kritisch zu hinterfragen sind, meint jedoch Hecht selbst, das es wahrscheinlich ist, „dass auch über die nächste Generation hinaus eine innere Angleichung nicht erfolgen wird“. Es ist „eine Gegenwart ohne Zukunft“. Ein Hinweis auf umfangreiche weiterführende Literatur und ein Personenregister schließen die höchst empfehlenswerten komplexe alternative Sicht auf den Vereinigungsprozess und seine Folgen ab.

• KURT SCHNEIDER

Arno Hecht: *Der Ostdeutsche – ein Fehlgriff der Evolution? Oder: Eine Gegenwart ohne Zukunft. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2006. 287 S. 15,80 Euro*

BÜCHER ZUR GRÜNDUNG DER NVA VOR 50 JAHREN

Zur Geschichte der Schweriner

Mot. Schützendivision

Die Wissenschaftler des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, zumeist nicht in die Bundeswehr und deren Militärgeschichtliches Forschungsamt übernommen, widmen sich weiter ihren ehemaligen Forschungsaufgaben, ohne unter dem Zwang der heute Herrschenden zu stehen, unabhängig von den Vorgaben bundesdeutscher Vorgesetzter. Sie sind kritisch geblieben, haben neue Sichtweisen erworben und dabei ihre dialektische Sicht auf die Dinge nicht verloren.

Einer von ihnen, Dr. Klaus Froh, legte jetzt die erste Geschichte eines NVA-Verbandes aus militärhistorischer Sicht vor. Auch wenn die 8. MSD in und um Schwerin disloziert war, der Leser wird viele alte Bekannte wiederfinden, den Leipziger Widerstandskämpfer Oberst Gerhard Amm, die Generale Grätz, Heß, Käseberg ... Das gut lesbare Buch zeichnet sich vor allem durch Wissenschaftlichkeit und Akribie der Faktenermittlung aus, die in die große und kleine Politik ihrer Zeit gesetzt und aus dieser heraus gewertet werden. Obwohl Klaus Froh kritikwürdige Tatsachen nicht auslässt, schildert er sie sachlich und ohne die Häme, die sich in vielen gegenwärtigen Beiträgen zur NVA-Geschichte findet. Da merkt man, dass das kein „Auftragswerk“, sondern ein Stück gelebtes eigenes Leben ist.

Froh, Klaus: *Zur Geschichte der 8. Mot. Schützendivision 1956 – 1990. Schriften zur Geschichte Mecklenburgs; Band 16, 232 Seiten*

Die Angehörigen der NVA in Krise und (revolutionärem) Umbruch der DDR

Auch eine zweite, nicht ganz so umfangreiche, Veröffentlichung stammt aus der Feder eines ehemaligen Angehörigen des Potsdamer Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Prof. Dr. Günther Glaser (Jhrg. 1922). Er wendet sich den komplizierten Tagen vom 22. September bis zum 17./18. November 1989 zu. Über diese Tage ist zwar schon viel geschrieben worden, doch zumeist aus der Sicht der „Bürgerbewegten“. Nun hat aber auch jeder Offizier, Unteroffizier und Soldat diese Zeit ganz individuell erlebt. Es scheint fast nicht machbar, sie aus der Sicht der gesam-

ten NVA zu sehen, zu unterschiedlich waren die Entwicklungen in den einzelnen Stäben und Truppenteilen und vor allem im Zusammenspiel von Armee und Gesellschaft.

Günther Glaser stellt zehn zeitgenössische Dokumente aus verschiedenen Archiven vor, analysiert und verallgemeinert diese. Darüber hinaus wertete er bekannte und weniger bekannte Veröffentlichungen zu den Themen Wende und NVA aus und beriet sich mit einer ganzen Reihe weiterer Historiker und Militärs. Das Ergebnis dieser aufwändigen Arbeit ist frappierend und mancher Akteur dieser Zeit wird überrascht sein, neue Zusammenhänge zu erkennen. Mancher wird auch mit Detaildarstellungen oder Schlussfolgerungen nicht einverstanden sein.

Natürlich wendet sich Glaser im Besonderen den Ereignissen in Dresden und Leipzig zu, wobei aber die Zwischenüberschrift „Zusammenstöße in Dresden und Leipzig“ den Leipziger irritiert. Auch die Schlussfolgerung, dass NVA-Angehörige die Montagsdemonstrationen begrüßten und sich ihnen anschlossen, allein aus der dokumentierten Aussage abzuleiten „12 Unteroffiziere und Soldaten wurden wegen Beteiligung an Demonstrationen in Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden erfasst“, erscheint mir etwas verwegen. Allein nach den Gaußschen Fehlergesetzen, die jeder Soldat in der Schießlehre erlernt, dürfte diese Zahl zu vernachlässigen sein.

Glaser's Fazit dieser Tage: „Geführt von verantwortungsbewußten Kadern, leisteten die NVA-Angehörigen an Ort und Stelle dadurch einen aktiven Beitrag zum friedlichen Verlauf der politischen Auseinandersetzungen, dass sie – seit geraumer Zeit zum Nach- und Umdenken angeregt – sich bei der Befehlsausführung teils abwartend und distanziert verhielten, teils offen ihre Übereinstimmung mit den kritischen Bürgerinnen und Bürgern und ihre Ablehnung des militärischen Einsatzes zum Ausdruck brachten. ... Viele handelten nach ihrem Verständnis von einer Armee des Volkes. ... Es ist auch darauf hinzuweisen, daß in den Einsatzen niemand die Nerven verlor.“

Glaser, Günther: „... auf die ‚andere‘ Seite übergehen“. *NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch in der DDR. Studie mit Dokumenten (22. September – 17./18. November 1989). Berlin 2005, 66 Seiten.*

Soldat der NVA von Anfang bis Ende

Oft wird behauptet, dass Autobiografien zumeist von alten Generalen geschrieben werden, die ihre verlorenen Schlachten nachträglich noch gewinnen wollen. Das trifft auf Hans-Georg Löffler nicht zu, kann auf ihn nicht zutreffen, denn er war General der NVA und damit einer Armee, die nie einen Krieg geführt hat und deren Ende sich aus dem Ende ihres zu schützenden Staates ergab.

Der Autor, Jahrgang 1937, stammt aus einer mecklenburgischen Eisenbahnerfamilie und zog nach der Maschinenschlosserlehre 1955 die Uniform der KVP und dann ab 1956 der NVA an. Er besuchte die Offiziersschulen in Döbeln und Plauen und nahm danach einen ungewöhnlich schnellen Aufstieg, gewiss auch, weil er von 1966 bis 1969 die Frunseakademie in Moskau besuchen konnte.

Leider beschränkt sich der General auf seine dienstliche Entwicklung und lässt die „andere“ Seite des Menschen, seine Familie und seinen Bekanntenkreis, aber auch seine Zweifel und seine persönlichen Ängste und Ärgernisse außen vor. Doch nur die Kenntnis beider Seiten lässt Ursachen und Folgen bestimmter persönlicher Entschlüsse und gegebener Befehle verstehen, es sei denn, dass der Autor sein gesamtes Leben bedingungslos den militärischen Erfordernissen und der Karriere unterordnete. Das kann man aber dem Buch nicht entnehen.

Generalmajor Löffler gehörte zu den letzten 24 aus dem Dienst entlassenen Generalen und Admiralen der NVA, nachdem man sie wochenlang an der Nase herumgeführt hatte (was so nicht im Buch steht!). Es klingt im Buch fast enttäuscht, dass die Entlassung nicht durch Minister Eppelmann, sondern nur vom Staatssekretär Ablaß erfolgte. Von diesen 24 Männern folgten lediglich drei der Einladung der Bundeswehr zu einer kleinen Abschiedsrunde. Hans-Georg Löffler war einer dieser drei. Warum wohl kamen die anderen nicht?

Letzteres soll den Wert des Buches nicht schmälern, es gehört zu den Guten seiner Kategorie und wird vor allen jungen Lesern helfen, vieles vom „Dienst für den Frieden“ in der NVA zu verstehen und sich somit gegen den Strom der neudeutschen Geschichtsverdrehung zu wappnen.

Löffler, Hans-Georg: *Soldat der NVA von Anfang bis Ende. Edition Ost, Berlin 2006, 280 S. 14,90 Euro.*

• DIETER KÜRSCHNER

KALENDERBLATT**Vor 50 Jahren verstorben
Bertolt Brecht**

Als Brecht am 14. August 1956 um 23.30 Uhr in seiner Berliner Stadtwohnung verstarb, hatte er den Durchbruch seines Berliner Ensembles zum Weltruhm noch erlebt. In Paris erreichte das BE 1954 beim ersten Interkantonalen Festival der dramatischen Kunst mit *Mutter Courage und ihre Kinder* einen sensationellen Erfolg. Menschen versuchten, von außen über die Feuerleitern ins Théâtre Sarah Bernhardt zu kommen. Das BE erhielt den 1. Preis für das beste Stück und die beste Inszenierung. In München lief die *Dreigroschenoper* (Mecheath – Hans Albers, Bühnenbild – Caspar Neher). Sechs Monate vor seinem Tod sah Brecht in Mailand Giorgio Strehlers Proben sowie die Premiere der *Dreigroschenoper* – er war fasziniert von der sozialen Schärfe der Inszenierung. Aber auch in Italien quälten den 58-jährigen gesundheitliche Probleme (Theo Otto in seinem Tagebuch: „Er zupfte mich am Rock, als es ihm zuviel wurde. Sein Gesicht war schweißüberstaut vor Schwäche.“) Er konsultierte einen italienischen Arzt, der richtig erkannte, dass es am Herzen liegen müsse. Professor Brusch, sein Berliner Internist, hingegen – so Brecht am 8. August 1956 an Paul Dessau – „ist enthusiastisch, wie gesund ich sei, aber tatsächlich halte ich nicht ein Gespräch von fünf Minuten aus“.

Für den Fall seines Todes hatte Brecht sehr konkrete Anordnungen getroffen, an die sich seine Ehefrau, die Schauspielerin Helene Weigel, genau hielt: Keine öffentliche Aufbahrung, keine Reden am gewünschten Grab (Dorotheestädtischer Friedhof, neben seiner Wohnung Chausseestraße 125). Sein Sarg solle „aus Stahl oder Eisen“ sein, vor der Beerdigung müsse „man ihm die Herzscheidader öffnen“ (Mittenzwei).

All das geschah. Fritz Cremer nahm Brecht mit seinem Assistenten die Totenmaske ab. Als dieser Kopien der Maske verschenkte, ließ die Weigel sie wieder einsammeln und zerschlagen.

Der Staatsakt für Brecht fand am 18. August im Berliner Ensemble statt. Am Tag zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die KPD verboten, sämtliche Parteihäuser und Druckereien der KPD in allen Bundesländern waren besetzt, durchsucht und geschlossen worden.

„Es war eine absurde Feier“, schrieb Hans Mayer. „Drei Augenblicke blieben haften, weil es da ehrlich zuing. Als Ernst Busch dem toten Freund die gemeinsamen Lieder nachsang ... Dann als Erwin Strittmatter für die Schüler sprach und dem toten Lehrer zurief: ‚Es ist immer noch Zeit, von dir zu lernen!‘ Und als der Staatsakt zu Ende kam ... Da blieben die Mitglieder des Ensembles, alle Arbeitenden dieses Hauses, geschart um Helene Weigel.“

Die Ehrungen für Brecht in der Folgezeit waren vielfältig. Unvergessen bleibt die Anfang Oktober 1956 in den Münchener Kammerspielen veranstaltete Lesung von Therese Giese, die dem Verbot der KPD zum Trotz Brechts *Lob des Kommunismus* rezitierte. Das Berliner Ensemble selbst brach wenige Tage nach der Trauerfeier mit der *Courage*, dem *Kaukasischen Kreidekreis* sowie mit *Pauken und Trompeten* zu seinem ersten Gastspiel nach London auf.

• **CHRISTA HERBER**

Knapp zwei Jahre nach den beiden deutschen Staatsgründungen erlebte Berlin vom 5. bis 19. August 1951 die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Über zwei Millionen Jugendliche aus ganz Deutschland, davon rund 35 000 aus Westdeutschland – dort waren FDJ und Weltfestspielteilnahme staatlich verboten – nahmen daran teil. Ebenso rund 26 000 Gäste aus 104 Ländern. Nahezu alle jungen Menschen aus der DDR ab 14 Jahre waren in das von tiefen Spuren des Zweiten Weltkrieges gezeichnete Berlin gekommen. Eröffnet wurde das bis dahin größte Treffen der Weltjugend vor rund 80 000 Jugendlichen im damaligen Walter-Ulbricht-Stadion in Anwesenheit der DDR-Repräsentanten sowie von Vertretern des Weltbundes der Demokratischen Jugend und des Internationalen Studentenbundes. Am 12. August 1951 sprach Walter Ulbricht auf dem Marx-Engels-Platz anlässlich einer Friedensdemonstration zu rund 1,5 Millionen Jugendlichen. Viele Jugendliche aus der DDR nutzten ihre Weltfestspielteilnahme zu einem Abstecher nach Westberlin. Dorthin waren sie von der Westberliner Verwaltung eingeladen worden. Als am 15. August 1951 dann tatsächlich mehr als 100 000 FDJ-Mitglieder zu einer Friedensdemonstration nach Westberlin



Etwa 1,5 Millionen Jugendliche aus der DDR kamen, meist in Güterzügen, zum Festival nach Berlin

Vor 55 Jahren in Berlin**III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten**

kamen, wurden sie von der dortigen Polizei brutal attackiert. Dabei wurden 976 Jugendliche verletzt. In Gestalt dieses Ereignisses flammte der Kalte Krieg auf deutschem Boden auf.

Auf der Abschlusskundgebung schworen die Abgesandten der Jugend der Welt und die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, für Frieden und Völkerverständigung einzutreten und gegen Wettrüsten und Kriegsgefahr zu kämpfen.

Die Weltfestspiele trugen dazu bei, das Vertrauen der Völker zum friedliebenden

deutschen Volk zu stärken. Für die Jugendlichen aus der DDR stellten sie frühzeitig das erste Erleben eines imposanten Treffens vieler junger Menschen aus dem eigenen Land und des ersten lebendigen Kontaktes mit jungen Ausländern aus

aller Welt dar. Das sei angemerkt angesichts der häufig kolportierten Auffassung, die DDR-Jugend hätte keinerlei Erfahrungen mit Ausländern gehabt.

Die III. Weltfestspiele von 1951 waren eines der ersten großen Jugendtreffen in der DDR. Solchen Höhepunkten hatte und hat die Bundesrepublik kaum Vergleichbares entgegen zu setzen. Dieser Eindruck wird durch spätere Ideologisierung solcher Treffen kaum geschmälert.

• **WINFRIED STEFFEN**



Zur gleichen Zeit, da in Berlin die III. Weltfestspiele unter dem Motto „Für Frieden und Freundschaft - gegen Atomwaffen“ stattfand, fielen aus USA-Flugzeugen Napalm-Bomben auf koreanische Wohnsiedlungen und das Volk Vietnams kämpfte heldenhaft gegen die französische Kolonialherrschaft.

Das Symbol des Festivals war die französische Friedenskämpferin Raymonde Dien (Foto: Mitglieder der französischen Delegation mit dem Bild von Raymonde Dien zur Abschlussdemonstration) die sich auf die Schienen gelegt hatte, um einen Waffentransport nach Indochina zu verhindern. Bei dem Versuch, am Festival teilzunehmen, wurde sie in Brüssel aus einem tschechoslowakischen Verkehrsflugzeug geschleift und nach Paris zurück deportiert. Nach weltweiten Forderungen „Dien muss nach Berlin!“ konnte sie am 8. August von den Festivalteilnehmern in Berlin begrüßt werden. Fotos: H. Ulrich

Reinhard Bernhof.

Leipziger Schriftsteller und Dichter, sandte LN zwei Texte. Vor 70 Jahren putschte General Franco gegen die Spanische Republik. Das war Fanal für die Internationalen Brigaden:

GUERNICA

Ich war hier und sah nichts mehr
Aufgesogen die Splitter der Bomben
vom Sand

Vögel im Lied, längs des Wegs
in den Schaukeln der Ulmen
Das Gezwitscher der Kinder überall

Es kam aus der Luft: Der Tod hatte Flügel
und scharfe Propeller

Maultiere brüllten, flatternde Windeln
auf Balkonen brannten, das Haar
auf des Schäfers Kopf, der Altar
die Heiligen, die Kirche ...

Viele lagen da ohne Gesicht

Ich war hier und sah nichts mehr
Vielleicht hab ich ein Wort, ein Lächeln
dagelassen

an das sich ein kleines Gesicht voll Grübchen
erinnert

oder die Greisin
die vom Montag sprach, 1937
nach Christi Geburt



Welche Farbe hat die Gewalt?
Ich denke an sein berühmtes
Gemälde Guernica: Welche Far-
ben hatten die drei
Stunden, in denen
Hitler in jener Junkers saß, die an
einem friedlichen Markttag die
kleine baskische Stadt in Schutt
und Asche legte? Es sollte keine
Wiedergabe eines Ereignisses
sein, sondern der aus den Tiefen
seiner eigenen Seele hervorb-
rechende Zorn und Schmerz. Aber
die Farben schwiegen. Da verzich-

tete Picasso auf sie. Und er schloß
auf seinem Gemälde die Verbe-
ren von Guernica in einen Raum,
wo die vor Haß ir-
sinnige Mutter, ihr
erschlagenes Kind auf den Armen,
dem Todesstier ihren Fluch entge-
genschleudert, wo eine Sterbende
mit unwirklichen Augen und offen-
nem Mund ihre Arme in die Aus-
weglosigkeit streckt. Sterben und
erwachendes Bewußtsein, Vision
und Wirklichkeit sind in seinem
Bild vereint.



Von
**KLAUS
HUHN**

Dieser Tage sind olympische Erinnerungen gefragt. Die ersten Spiele, an denen eine DDR-Mannschaft teilnahm, sind 50 Jahre her, und das verdient schon erwähnt zu werden. (Neulich war ich zum 70. Geburtstag des ersten Goldmedaillengewinners Wolfgang Behrendt geladen und traf dort auch manch anderen „Veteranen“.) 30 Jahre ist es her, dass die DDR in Montreal zum ersten Mal in der Medaillenstatistik die USA hinter sich gelassen hatte, was den damaligen Bewohner des Weißen Hauses bewogen hatte, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die 900 Seiten vollschrieb, um ihm zu erklären, wie es dazu hatte kommen können – obendrein im Jahr, da man den 200. Jahrestag der Gründung der USA feierte.

Es bleibt da aber noch ein anderes olympisches Jubiläum, ein weniger ruhmreiches. Und vor allem Antifaschisten haben allen Grund daran zu erinnern: Vor 70 Jahren fanden in Berlin Olympische Spiele statt. In der Geschichte der Spiele gibt es keinen übleren Missbrauch der olympischen Idee, aber in der Bundesrepublik Deutschland wurde diese olympische Schändung kaum wahrgenommen, und diese Ignoranz gilt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ich war dabei, als man am 29. Juli 1945 im überfüllten Neuköllner Stadion der Opfer des Faschismus gedachte, die Urne des Olympiavierten im Ringen von 1936, Werner Seelenbinder, feierlich beisetzte und dem Stadion den Namen Seelenbinders gab. Die Nazis hatten ihn 1944 in Brandenburg hingerichtet. 1948 wurde die Umbenennung rückgängig gemacht und das Grab Seelenbinders mit riesigen Hecken umgeben und eingezäunt. Wer ihn am Todestag ehren wollte, musste im Bezirksamt Neukölln den Zaunschlüssel beantragen. Ich schrieb ausführlich darüber, und der damals Berlin-West regierende Bürgermeister Willy Brandt war Antifaschist genug, um nach Lesen meines Artikels mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und wenigstens die Schlüsselschikane zu beenden.

Mithin: Der gebührende Umgang mit Olympia 1936 war in der BRD nie sonderlich stark ausgeprägt. Da der Jahrestag und die Fußball-WM fast zusammenfielen,

entschloss man sich zu einer Ausstellung. Um es kurz zu machen: Der 22-Minuten-Film, der dort läuft, zeigt mehr als zwei Minuten lang den umjubelten Hitler!

Zu der Ausstellung erschien auch ein „Begleitbuch“ und – siehe Anzeigenteil – Spotless hat dieser schändlichen Erinnerung ein Taschenbuch gewidmet. Denn in diesem „Begleitbuch“ finden sich ein paar dem Laien nahezu unverständliche Zeilen: „... Als der Fackellauf startete, beschloss Hitler den Putsch des Generals Franco in Spanien mit der ‚Legion Condor‘ zu unterstützen. Diese Flugstaffel wurde am 31. Juli unweit des Olympischen Dorfes verabschiedet.“

Die Wahrheit, die im Jahr 2006 nicht „aufgearbeitet“, sondern ignoriert wurde, konnte man in einem schon

pieteilnehmer vom Lehrter Bahnhof geholt und in das „Dorf des Friedens“ – offizieller Name des Dorfes – transportiert hatte. So konnte niemand den Aufbruch der „Legion Condor“ wahrnehmen, der olympische Trubel tarnte ihn. Das große Vorhaben, mit den Spielen 1936 die Welt über die Absichten der Faschisten zu täuschen, begann mit dieser Operation, die das Ausstellungsbuch des Jahres 2006 mit lapidaren Zeilen abtat und damit der Tarnung von 1936 treu blieb!

Doch weiter aus jenem Bericht von 1939: „Ihr gutge-launter und in fremden Kriegen reich bewandeter Major von der Scheele brachte sie in Hamburg auf den Dampfer ‚Usaramo‘ ... Das Schiff war bis zum Rand der Ladeluke mit Flugzeugen, Bomben, Flakgeschützen und allem Zubehör beladen.

In der Nacht zum 1. August ging die ‚Usaramo‘ in See.“ (W. Beumelburg: *Kampf um Spanien – die Geschichte der Legion Condor*; Oldenburg 1939, S. 22f.) Man kann das Kapitel „Legion Condor“ nicht schließen, ohne darauf zu verweisen, dass Condor-Bomber die baski-

sche Stadt Guernica 1937 dem Erdboden gleichmachten. Eine Kopie des weltberühmten Bildes von Picasso „Guernica“ hängt im Tagungssaal der Vereinten Nationen in New York. Zuweilen wird es von UN-Offiziellen verhängt – zum Beispiel als USA-Außenminister Powell 2005 vor dem Völkergremium seine Rede hielt, in der er gestand, durch falsche Informationen den Irak-Krieg ausgelöst zu haben (Repro siehe Seite 12).

Die spanische Regierung forderte übrigens von der BRD-Regierung lange vergeblich eine offizielle Entschuldigung für diesen ersten Bombenangriff auf wehrlose Zivilbevölkerung. 1997 raffte sich Bundespräsident Herzog zu einer Erklärung auf, aber das Wort „Entschuldigung“ sucht man darin vergeblich.

Und auch die Ausstellung im Berliner Olympiastadion verliert keine Silbe darüber. Dass sie den vierfachen Sieger von 1936, den afroamerikanischen Sprinter und Weitspringer Jesse Owens, feiert, ist mehr als begründet. Er prägte diese Spiele und widerlegte allein durch seine Hautfarbe die faschistische Rassenstheorie. Aber auch über ihn wird nicht alles gesagt. Kein Wort zum Beispiel darüber, dass er sich 1980 – schon schwer krebserkrank – weigerte, den Aufruf zum Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau zu unterstützen. Manchmal möchte man glauben, die wahre olympische Idee ist hierzulande nicht sehr gefragt.

Sportkolumne

Olympische Hinterlassenschaft

1939 erschien Buch über die „Legion Condor“ lesen: „Am 26. Juli 1936 empfing der Führer Adolf Hitler in Bayreuth ... eine von General Franco aus Tetuan abgesandte Delegation ..., die Delegation übermittelte das dringende Ersuchen ..., das Deutsche Reich möge ihm eine Anzahl von Transportflugzeugen zur Verfügung stellen ... Der Führer entschied am gleichen Tag ..., daß dem Ersuchen Francos unverzüglich zu entsprechen sei. ... Gleichzeitig wurde eine merkwürdige ‚Reisegesellschaft Union‘ ins Leben gerufen, die sich unter der Führung des Majors Alexander von der Scheele alsbald in Döberitz zu versammeln begann. ... Am 31. Juli 1936 verabschiedete der ... General der Flieger Milch ... jene erwähnte ‚Reisegesellschaft Union‘. Die Augen der Freiwilligen leuchteten. Sie waren von seltsamen Gefühlen beherrscht, als sie nachmittags in ihren neuen Zivilkleidern mit Autobussen durch Berlin fuhren und sich auf dem Lehrter Bahnhof versammelten, wo ein Schild ‚Reisegesellschaft Union‘ sie am Zug zusammenrief.“

Hier sei der Text kurz unterbrochen. Hitler hatte die Männer dieser Bomberstaffel in Döberitz zusammengeholt, und zwar in einer Kaserne, die keinen Steinwurf entfernt vom Olympischen Dorf lag. Und die Omnibusse, die die „Reisegesellschaft“ zum Lehrter Bahnhof fuhren, waren Busse, die eine halbe Stunde zuvor Olym-

Nach der Fußball-WM kommen die Bücher

solide Sportberichterstattung bekannt waren. Gottfried Weise berichtet z. B. über das Achtelfinalspiel Argentinien gegen Mexiko in Leipzig, mit einem unter gewaltigem Erfolgsdruck stehenden argentinischen Trainer José Nestor Pekerman, der am Ende des Spiels das Glück auf seiner Seite hat.

Heinz Florian Oertel schreibt im historischen Teil des Buches über die Fußballweltmeisterschaft 1958 in Schweden. Oertels zweite WM-Teilnahme als Journalist ist für ihn noch immer unvergessen: „Achtmal berichte-

te ich zwischen 1954 und 1990 von Weltmeisterschaften, doch der Titelkampf 1958 mit dem Stockholmer Finale Brasilien gegen Schweden bleibt der unübertroffene Höhepunkt.“

Jedes Kapitel enthält kurze Zusammenfassungen in englischer Sprache und Bilder mit deutschen und englischen Bildunterschriften. Viel Spaß beim Lesen!

• R. FIEBELKORN

Monica Lierhaus: *Germany 2006 – Das Buch zur Fußball-WM. Das Neue Berlin 2006. 192 S., 19,90 Euro*



Eines der wieder vielen Bücher über eine Fußball-WM entstand unter der Leitung der ARD-Sportreporterin Monica Lierhaus, ist reich bebildert und voller interessanter Geschichten und Berichte über das Fest bei Freunden. Es erschien bereits fünf Tage nach Beendigung der Spiele im Buchhandel. Als Autoren wirkten unter anderem Heinz Florian Oertel und Gottfried Weise, die schon in der DDR für ihre faktenreiche und

Die Friedensfahrt lebt ...

Am 9. September 2006
ins Friedensfahrtmuseum nach Kleinmühlungen

Abfahrt: 10 Uhr Leipzig, Goethestraße
Aus dem Programm: Mittagessen
Besuch des Friedensfahrtmuseums und der Mühle Kleinmühlungen
Kaffeetrinken
Vorführung Kunstradfahren
Kosten: 40 Euro pro Person (alles inklusive)
Mindestteilnehmer: 25 Personen



Interessenten melden sich schriftlich in der Redaktion von LN oder informieren die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS in Leipzig.

BEI ANDEREN GELESEN

Wenn es neben der seit Jahren anhaltenden schlechten Lohnentwicklung noch eines Beweises bedurft hätte, daß die deutschen Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmer und als politische Macht geschwächt sind, so hat ihn die jüngste Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach erbracht: 60 Prozent der Bevölkerung betrachten demnach den Einfluß der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik als „gering“, nur 31 Prozent als „groß“.

Der Bürger braucht ein Recht auf Generalstreik

Um der negativen, für Wachstum und Beschäftigung schädlichen Lohnentwicklung zu begegnen, muß die Politik die Gewerkschaften stärken. Kurz vor der Sommerpause hat der Bundestag über den sogenannten Streikparagrafen namentlich abgestimmt. Das Gesetz, das ausgesperrten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Erhalt von Kurzarbeitergeld verweigert, wurde 1986 beschlossen. ... Heute behauptet die SPD, so in der aktuellen Beschlußempfehlung zur Abstimmung über den Streikparagrafen, „daß eine Rückkehr zum ursprünglichen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes heute nicht möglich sei, da es sich um grundrechtsrelevante Eingriffe in die Tarifautonomie und das Eigentumsrecht handeln würde“.

Die Linke fordert für Deutschland darüber hinaus das Recht auf Generalstreik, um den Bürgern die Möglichkeit in die Hände zu geben, stärker für eine sozialere Entwicklung in Deutschland einzutreten. ... Nach Meinung des Sachverständigenausschusses für die Kontrolle der Einhaltung der Europäischen Sozialcharta verstößt das deutsche Arbeitskampfrecht ... gegen die Sozialcharta. Das Ministerkomitee des Europarates erteilte dementsprechend im Februar 1998 der Bundesrepublik die „Empfehlung“, die Ergebnisse des Expertenausschusses zu berücksichtigen. Geschehen ist bis heute nichts.

OSKAR LAFONTAINE
FAZ, 1. 8. 06

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Endlich weg mit dem KPD-Verbot!

Seit nunmehr 50 Jahren ist die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Nur elf Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wurden Widerstandskämpfer wieder in die Gefängnisse gesperrt, Menschen, die für Frieden und ein vereinigt Deutschland kämpften vor die Gerichte gezerrt. Die Adenauer-Regierung schürte den Antikommunismus und setzte das KPD-Verbot durch, um den schärfsten Gegner der Wiederbewaffnung und der Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland auszuschalten. Von diesem Antikommunismus war und ist auch die Jugend betroffen. So ging dem KPD-Verbot das Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Westdeutschland voraus, und es waren junge Kommunisten wie Phillip Müller, die durch Kugeln der westdeutschen Polizei starben, weil sie gegen die Wiederaufrüstung der BRD demonstrierten.

Bis heute ist dieses Unrechtsurteil, das nur auf konstruierten Indizien beruht, in Kraft. ... Durch Illegalisierung und Kriminalisierung von Kommunistinnen und Kommunisten sollen die demokratischen Kräfte gegen Kriegseinsätze, Sozial- und Demokratieabbau bis heute gespalten werden.

Aktuelle Beispiele aus dem In- und Ausland der letzten Monate belegen dies:

- In Tschechien wird der Kommunistische Jugendverband (KSM) seit Dezember 2005 mit einem Verbot bedroht. Vorgeworfen wird ihm dabei die Bezugnahme auf den Marxismus-Leninismus.

- Im Frühjahr hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) eine Erklärung beschlossen, die Kommunismus und Faschismus gleichsetzt. Engagement gegen den Faschismus wird damit auf höchster europäischer Ebene in die kriminelle Ecke gedrängt.

- Laut dem neuen deutschen Antidiskriminierungsgesetz ist es möglich, gegen Diskriminierung wegen Rasse, Geschlecht und ethnischer Herkunft sowie wegen Alters, Behinderung, sexueller Identität oder Religion zu klagen. Die CDU/CSU hat in letzter Minute dafür gesorgt, dass davon Diskriminierung aufgrund der Weltanschauung ausgeschlossen ist.

Damals wurden der KPD verfassungsfeindliche Tendenzen unterstellt. Doch die Erfahrung der letzten 50 Jahre hat gezeigt, dass das Grundgesetz von den Herrschenden und

ihrer Parteien bedroht ist. Seien es die Notstandsgesetze der 60er, die Berufsverbote der 70er und 80er, die Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er Jahre, die Kriegseinsätze in Jugoslawien und Afghanistan oder die aktuelle Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – die so genannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ wird von ihren eigenen Apologeten untergraben.

Die SDAJ fordert die Aufhebung des Verbots der KPD und die Rehabilitierung der Verfolgten. Die SDAJ fordert die Aufhebung der Berufsverbote und einen Stopp der anhaltenden Kriminalisierung fortschrittlicher Kräfte, die sich gegen Kriegseinsätze, Sozialabbau und Neofaschismus wehren.

Deshalb unterstützt den Aufruf der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zur Aufhebung des KPD-Verbots! (Online unterzeichnen unter www.dkp.de)

Kontakt: Tel 0201/23 06 33 | mail.info@sdaj-online.de

BUNDESVORSTAND
DER SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERJUGEND (SDAJ)

Vor ein paar Tagen habe ich mir Ihre Nummer vom 14. Juli gekauft, weil ich auf der Titelseite gesehen hatte, dass sie sich erneut des wichtigen Themas „NATO-Drehscheibe Leipziger Flughafen“ annimmt, das ansonsten in der Leipziger Presselandschaft recht beredt beschwiegen wird. Vielen Dank für Ihre engagierte Berichterstattung, mit der ich die Hoffnung verbinde, dass Proteste gegen die militärische Nutzung des Flughafens an Kraft gewinnen. Leider erweisen Sie auf der Seite 2 dieser Sache (und anderen) einen Bärendienst, indem Sie Egon Krenz eine Kolumne einräumen. Erschreckend, dass Krenz in seiner Position so schlecht über Dinge wie den Einflussgewinn von Neonazis in der DDR informiert war.

Zur Kolumne von Egon Krenz in LN 14 '06

DDR war nicht „die Gute“

Einer der vielen Gründe für mich, im Herbst '89 auf die Straße zu gehen, war der Zorn über den schreienden Widerspruch zwischen dem Alltag der Endachtziger und den offiziellen Postulaten von Antifaschismus und Internationalismus. Dass AusländerInnen, besonders dunkelhäutige, bereits von nazistisch gesinnten Schlägern drangsaliiert und von egoistischen BiederbürgerInnen verachtet und diskriminiert wurden, war von niemandem zu übersehen, der auch nur ein wenig die Augen aufmachte.

Ein Bekannter, der aus Mocambi- que stammt und jetzt in Leipzig lebt, erzählte mir vor einiger Zeit, wie er und seine Wohnheim-

Mitbewohner Mitte der 80er Jahre bei Magdeburg von einheimischen Jugendlichen gejagt wurden, wenn sie es mal gewagt hatten, eine Disko zu besuchen. Und niemand half ihnen.

Bereits zu DDR-Zeiten wurden – in Potsdam und anderswo – antifaschistische Gruppen gegründet, weil die Notwendigkeit der Verteidigung gegen Nazibanden bestand. Im September 1989 gab es am Tag der Opfer des Faschismus in Berlin den Versuch junger Leute, den antifaschistischen Charakter der DDR beim Wort zu nehmen und per Transparent auf die Neonazis aufmerksam zu machen. Gegen sie wurde brutal vorgegangen: Festnahmen, Schläge,

Verhöre.

Sehr nachdenklich gestimmt haben mich im Herbst '87 auch die Vorgänge in der Zionkirche, die Herr Krenz erwähnt. Ich sehe sie etwas anders. Ich hatte auch den Eindruck, als seien die härteren Urteile gegen die Nazis erst zustande gekommen, als wegen der milden Strafen Unruhe in der Bevölkerung aufkam. Krenz' Auslassungen über die DDR als gastliches Land für ExilantInnen haben also viele weiße Flecken. Um Missverständnissen vorzubeugen: Dass Nazis in der BRD wesentlich mehr Gelegenheiten haben, den fruchtbaren deutschen Boden zu beackern, ist mir vollkommen klar. Ich möchte nur klarmachen, dass die DDR in meinen Augen nicht „die Gute“ war.

ANNETTE LORENZ, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

OB RENNSTEIG ODER RÜGENWANDERWEGE – überall trifft man Wanderfreunde aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands. Das ist schön so, auch weil es den Horizont weitet. Man erfährt oft, was man bislang nicht wusste. Manchmal allerdings ... Ich komme am besten mal gleich zur Sache. Dieser Tage gesellte sich einer aus Baden-Württemberg zu uns. Das sind, wie sich auch bei ihm herausstellte, grundgemütliche Typen, die einen betulichen Dialekt schwätzen. Ich weiß nicht, wie es dazu kam, aber plötzlich wollte der grundgemütliche Typ uns erzählen, dass in der DDR alles aus Plaste war, Tassen, Teller, Kannen. Und er wusste auch, warum das so war: Aus Braunkohle ließ sich leicht Plaste herstellen und was anderes wie Braunkohle hatten wir ja nicht. Wir ließen ihn weiterreden, fragten zwischen durch nur mal, ob das Meißner Prozellan auch ein Braunkohlen-Plaste-Produkt war und ob er je von Kahla-Geschirr gehört habe. Der Mann blieb gemächlich, wir folgten dem Wanderweg, aber als er uns erzählte, wieviel Menschen die Stasi in eine Minizelle gepfercht hatten, rieten wir zu einer Rast und ich fragte ihn geradeheraus: „Guter Mann, Ihr Wissen über unser Leben ist enorm. Woher die Kenntnis?“ Darauf er: „Na, aus dem Museum in Pforzheim.“ Wir waren einen Augenblick sprachlos. Den nutzte er, um uns darüber zu informieren, dass er seit der Eröffnung des Museums über die DDR gut im Bilde sei. Zum Beispiel: Wer sich in der Schule vom Sport befreien lassen wollte, bekam garantiert keinen Studienplatz. Und zwar, weil Handgranatenwerfen zum Sportunterricht gehörte, und wer das nicht wollte ... undsoweiter. Auch er unterstützte den Antrag, weitere Fördermittel für das Museum zu bewilligen, denn man müsse doch schließlich wissen, wie furchtbar das DDR-Leben früher war. Alles, was mir noch einfiel, war, ihn zu

Unsere Bescheid-Wisser

eine andere Richtung wollten ...

IN LÜBECK WISSEN SIE NATÜRLICH ÜBER WISMAR BESCHIED. Es kam trotzdem zu Ärger zwischen den Hanestädten. Gewiss, es wird nicht zu einer Seeschlacht kommen, aber die Wismarer Bürgermeisterin soll ziemlich sauer sein, weil Wismar für die Lübecker nur eine Hansestadt aus der „zweiten Liga“ ist. Auf einem von Lübeck verbreiteten Flyer wurde das lübisch-wendische Hansedrittel auf Lübeck, Hamburg und Stralsund reduziert. Die Wismarer mobilisierten einen versierten Historiker und der fand heraus, dass die Initiative zur Städtehanse von den wendischen Städten Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald, Hamburg und Lüneburg ausging. Die örtliche Zeitung fand schließlich des Übels Kern: 1987 war eine Städtepartnerschaft zwischen Lübeck und Wismar vereinbart worden, angeordnet vom SED-Politbüro. Das reicht natürlich, um alles noch einmal aufzuarbeiten, bis hin ins Jahr 1259, als die Hanse entstanden sein soll.

AN DER KÜSTE droht, nach dem, was man uns erzählte, das Wasser knapp zu werden. Deshalb hat die Peenestrom Wasser GmbH (PeeWa) vorsichtshalber erst einmal die Wasser- und Abwassergebühren deutlich erhöht. Was macht man hierzulande, wenn solch Bescheid im Briefkasten liegt? Man schreibt flugs einen Widerspruch. 200 stapeln sich schon bei PeeWa. Als nächstes sucht man eine Statistik. In diesem Fall bezieht sie sich auf einen Zweieinhalb-Personen-Haushalt mit einem täglichen Wasserverbrauch von 88 Litern pro Person. Und schon ist die Lösung gefunden: In Rostock kassieren sie 3,84 Euro für jeden Kubikmeter und bei der PeeWa nur 3,31. Dass man andernorts nur 1,72 Euro kassiert, interessiert niemanden. Und wenn doch: Soll er doch umziehen ...

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

NEUERSCHEINUNGEN 2006

Alexander Bolz/Jörgpeter Lund: **Kollektiverziehung in formellen und informellen Gruppen und die Schüler selbstverwaltung. Grundpositionen – Grundkollektive – Schüler selbstverwaltung – Exkurs.** Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006. 94 S. ISBN 3-89819-225-3. Texte zur politischen Bildung H. 35. Kostenbeitrag: 5 Euro, Mitglieder 3,50 Euro

Konstanze Schwarzwald: **Im Zauberberg. Philosophieren zwischen Auftrag und Kritik. Zur Situation der Philosophie in Leipzig in den Jahren von 1985 bis 1989.** Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006. ISBN 3-89819-232-6. 224 S. Hochschulschriften Bd. 8. Kostenbeitrag: 12 Euro, Mitglieder 8 Euro.

Das Krisenjahr 1956. VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz 24./25. März 2006. Band II. Hrsg. von Klaus Kinner und Ernst Wurl. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 22. Kostenbeitrag: 6,00 €, Mitglieder 4,50 €

Mit Beiträgen von Siegfried Prokop, Gerhard Zwerenz, Jörn Schüttrumpf, Ingrid Zwerenz, Karl-Heinz Gräfe und Joachim Biener. Anhang: Zur Stalinitismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS.

DEMNÄCHST ERSCHEINT:

Linke Utopien - die Zukunft denken. VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz 24./25. März 2006. Band I. Hrsg. von Klaus Kinner und Ernst Wurl. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 21. Mit Beiträgen von Helmut Seidel, Ernst Wurl, Michael Brie, Andreas Heyer und Hans-Gert Gräbe

BESTELLUNGEN ERBETEN AN:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig
Telefon: 0341- 9608531 Fax: 0341- 2125877. RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Weitere Informationen zu unseren lieferbaren Veröffentlichungen unter www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Bund der Antifaschisten 6.-8. 10. Gedenkstättenfahrt nach Hamburg

Teilnehmerbeitrag: 90 Euro
Übernachtung: Jugendherberge Ratzeburg

Programm:

6. 10.: 7 Uhr Abf. Leipzig mit

Stadtbesichtigung Lübeck

7. 10.: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, alternative Stadtrundfahrt

8. 10.: Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, alternative Hafenerundfahrt, Rückfahrt

Verbindliche Anmeldung per Post an BdA Leipzig, Eisenacher Str. 72, 04155 Leipzig oder per e-mail an bdaLeipzig@web.de, verbunden mit einer Anzahlung von 20 Euro unter Kennwort „Hamburgfahrt 2006“ auf Kto. 1182724511, BLZ 86055592.

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

„Demokratie ja, aber die Spielregeln machen wir!“

Diskussionsveranstaltung zum KPD-Verbot

mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam und Dr. phil Robert Steigerwald

Donnerstag, 31. August, 19 Uhr

Kleiner Saal/ Hinterhof Volkshaus, K.-Liebknecht-Str. 30/32, Leipzig

SPOTLESS + SPOTLESS + SPOTLESS

Jens Berger: THEOBALD TIGER UND DER STASIKILLER

Theobald Tiger – wer wüßte das nicht? – war ein Pseudonym von Kurt Tucholsky. Der hatte eine brillante Erzählung mit dem Titel „Rheinsberg“ hinterlassen, dem Ort, in dem 2003 ein 28facher Stasimörder in einer spektakulären Operation gefasst wurde. Die Medien waren voll davon. Dann kam das große Schweigen und im April 2006 ließ Bundesanwalt Nehm wie nebenbei wissen, dass man den Massenmörder habe gehen lassen. Nur SPOTLESS befasste sich schon 2004 mit dem Hintergrund dieses Gruselmärchens, das nun wieder aktuell wurde.

Wie immer: 5,10 Euro

Der kürzeste Weg:

Bestellen Telefon/Fax 030 24009401 oder bei SPOTLESS - Postfach 28830-10131 Berlin

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Vormerken:

Friedensfest der Linkspartei.PDS Leipzig rund ums Liebknecht-Haus am 2. September, ab 14 Uhr

Neben Diskussionsrunden gibt es ein umfangreiches Kulturprogramm sowie eine Versteigerung zugunsten des Liebknecht-Hauses. Der Abend schließt mit der Filmvorführung der AG Junge GenossInnen Leipzig: „Deutschland im Herbst“ ab.



Ich bin bei LN die einzige Zeitungsente

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

U. S. Levin

Der Hauptgewinn

Letzte Woche klingelte das Telefon. Eine freundliche Stimme gratulierte mir zum Hauptgewinn bei einem Preisausschreiben, an dem ich gar nicht teilgenommen hatte.

„Wann darf Ihnen unser Glückselig den Hauptpreis nach Hause bringen?“

„Was habe ich denn gewonnen?“, wollte ich wissen.

„Ein Essen für vier Personen und eine exklusive Vorführung unseres Topmodels.“

Topmodel assoziierte ich mit Stripperin und vereinbarte sofort einen Termin. Ich lud meine Skat- und Bierbrüder Achim, Harry und Gert zu dieser einzigartigen Show ein. Meiner Frau gab ich die EC-Karte und schickte sie ins Einkaufszentrum.

Wir waren mächtig aufgeregt und hatten bereits das Wohnzimmer vorbereitet. Sessel, Wohnzimmertisch und Stühle waren auf den Dachboden gewandert. Die Entkleidungskünstlerin sollte Platz haben für ihre prickelnde Darbietung. Zudem hatte Harry, ein handwerkliches Genie, einen verchromten Handlauf besorgt, den er mitten in der guten Stube als vertikale Tanzstange anbrachte. In unseren kühnsten Sommertagträumen sahen wir bereits, wie sich ein geschmeidiger Frauenkörper erhitzt um metallisch kühles Metall wickelte.

Endlich klingelte das Rasseweib an der Wohnungstür. Ich wankte mit schlotternden Knien durch den Korridor. Meine Kumpels saßen kerzengerade auf dem Sofa und zupften aufgeregt an ihren letzten Haaren. Behutsam öff-

nete ich die Tür und stutzte. Im Treppenhaus stand eine reife Rubensdame – in den Problemzonen mächtige Schwitzflecke. Sie machte allenfalls den bekehrten Eindruck einer Zeugin Jehovas. Neben ihr stand ein verdächtiger Karton.

„Darf ich reinkommen?“, fragte sie, schob mich aber schon zur Seite und die Kiste an mir vorbei. Ich hastete hinterher und gab Gert das Zeichen, die Stereoanlage in Gang zu setzen. Ravels „Bolero“ tauchte die gute Stube in eine knisternd erotische Atmosphäre. Sicherheitshalber hatte ich die Vorhänge zugezogen und Kerzen angezündet. Gleich würde die Kiste aufspringen und ein zartes Mädchen entschweben. Doch nichts dergleichen geschah. Stattdessen bückte sich die belebte Botin und zog einen merkwürdigen Gegenstand aus der Kiste.

„Das ist unser Topmodel“, verkündete sie stolz und schüttete eine Tüte Staub, Krümel und Wollreste auf den Teppich. „Was ist mit dem Gewinn?“ Ich konnte ich meine Enttäuschung nicht verbergen.

„Bitteschön, ein Essen für vier Personen“ antwortete sie und warf mir eine Tütensuppe zu. „Das ist alles?“

„Noch nicht ganz, meine Süßen“, hauchte die Dame in unsere zerknitterten Gesichter. Sie hängte sich, den Kopf leger nach hinten geworfen, an die Chromstange und begann ihre Strickjacke aufzuknöpfen. Hals über Kopf stürzten wir in die Küche und kochten das Süppchen, was wir uns eingebrockt hatten. Die Suppe war wenigstens heiß.

Alte Losung und neue Lösung

Krieg den Palästen! Friede den Hütten!
Diese Losung der Französischen Revolution ist seit meiner Schulzeit fest in mir. Nie habe ich gezweifelt. Jetzt ist es passiert ... nicht in an der Seine, sondern an der Pleiße. Es grummelt in mir. Und irgendwann rufe ich es vielleicht meinen täglichen Straßenbahnmitfahrern in den Wagen: Weg mit der Bude! Noch ein Palais! Immer wenn die Bahn am Waldplatz um die Kurve rast, habe ich sie im Blick ... die Hütte und den Palast.

Ich ahne: Mein Traum vom neu gestalteten Waldplatz geht wohl nie in Erfüllung. Ein altes Gebäude wurde hier Etage für Etage ganz langsam abgetragen, ein Zimmer im Erdgeschoss blieb stehen und nennt sich nun

Imbiss. Noch beiße ich mir auf die Zunge, denn man nölt ja nicht in aller Öffentlichkeit. Aber ich grübele, wem solch unbegreifliches Tun schmeckt. Denn gegenüber reckt und strotzt ein teuer restauriertes Palais. Und im Umkreis reiht sich Kneipe an Kneipe. Also zum Sattwerden braucht diese magere Hütte wirklich keiner. Stopp! Es könnte ja auch sein, dass den Palaisbewohnern der niedere Anblick gegenüber Warnung gebieten soll: Übertreibt euren Reichtum nicht. Es könnte vielleicht auch sein, dass hier ein neues Sanierungskonzept beginnt: Wird Leipzig ab 2006 vielleicht zur Stadt der Widersprüche ausgebaut? Also, ehrlich wäre das ja! Oder?

• - CK

Sommer 1912

Bis zu 5000 Badelustige strömten seinerzeit täglich in das erste Leipziger Familienbad. 15 Minuten von der Endhaltestelle der damaligen Straßenbahnlinie D entfernt.



Lösung

Markkleeberg-Ost
Badeschwabing



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Für den Stuttgarter Architekten Frank Wittmer lag der Reiz der Ausstellung vor allem darin, mal selbst eine Plattensiedlung zu bauen. Immerhin soll es dort ja fließendes Wasser gegeben haben.

Zu einem privaten DDR-Museum in Berlin
LVZ 15./16.7.2006

In der BRD sind 50 000 Medikamente zugelassen. Jährlich werden 1,7 Milliarden Packungen verkauft.

MDR-Fernsehen 24.7.2006

Die Polikliniken waren doch eine effektive Form der Versorgung der Bevölkerung. Neuerdings gibt es wieder welche, die heißen jetzt MVZ=Medizinisches Versorgungszentrum. Eines gibt es jetzt in Schönebeck. Es sind aber nur vier ärztliche Disziplinen vertreten. Eine Neueinstellung ist nur möglich, wenn ein freipraktizierender Arzt aufhört.

N3 25.7.2006

Wenn es darum geht, Truppen nach dem Libanon zu schicken, werden wir uns der Überlegung nicht völlig entziehen können.

Außenminister Steinmeier
DLF 26.7.2006

Nach 21 Jahren Krieg ist jetzt seit 18 Monaten Frieden im Südsudan. Ein Fahrer für die UN-Truppen

bekommt im Monat 700 Dollar, soviel, wie ein einheimischer Mini-ster verdient.

DLF 25.7.2006

Jan Ullrich hat ein jährliches Grundgehalt von 2,5 Millionen Euro und dazu 2,5 Millionen aus Werbeeinnahmen.

Ich bin überzeugt, daß 60-70 Prozent der Tour-Teilnehmer gedopt sind.

Dankert, Vors. d. Sportausschusses des Bundestages
beides DLF 28.7.2006

Herr Prof. Dr. Breyer forscht, öffentlich finanziert, an wissenschaftlichen Begründungen, um alten Menschen eine lebensrettende medizinische Behandlung zu verweigern. Er hat den Duisburger Ethiker Prof. D. phil. Hartmut Kliemt gefragt, ob er nicht mitmachen wolle. Beim Rentnerverklappen. Beide haben für ihr Forschungsprojekt einen charmanten offiziellen Titel gefunden: „Altersbezogene Rationierung von Gesundheitsleistungen im liberalen Rechtsstaat.“

Philipp Schaller
Eulenspiegel 8/06
Das ist keine Satire!

• Gefunden von

MANFRED ERBE

Unser Sommer ist nur ein grün angestrichener Winter ...
spottete Heinrich Heine in seinen Reisebildern 1829.

Wolkenloser Himmel und der Wind, der schweigt. Kaum zu glauben wie das Barometer steigt ...
sangen Chris und Frank in „Heißer Sommer“ 1968.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer ...
meint Aristoteles, der sich auf Äsop bezieht.
In dessen Fabel versetzt ein Jüngling seinen Mantel, weil er eine Schwalbe zurückkehren sieht. Als der Winter jedoch noch anhält, schiebt er die Schuld an seinem Unglück auf das – inzwischen erfrorrene – Schwälbchen.

Der Kluge kauft im Sommer seinen Pelz ...
Volksweisheit



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. August 2006
Die nächste Ausgabe erscheint am 25. August 2006

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40